

April 2011

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN



metallzeitung

MITGLIEDERZEITUNG DER IG METALL | JAHRGANG 63 | D 4713

WWW.IGMETALL.DE

AKTUELL SEITE 4

Japan: Die IG Metall bittet um Spenden

ARBEIT SEITE 12

Berlin: Gute Gründe für faire Leiharbeit

LEBEN SEITE 17

Büro: Bakterien auf dem Schreibtisch

BEZIRK SEITE 28



**»» Für die beste
Medizin nach dem
Arbeitsunfall. ««**

Wie **Metaller** sich für
Versicherte **stark** machen

Sozialwahl 2011
 IG Metall

Mitbestimmen!

Aktuell

Spenden für Japan: Die schreckliche Katastrophe, die über Japan hereinbrach, können wir alle immer noch nicht fassen. Die IG Metall ruft zur Solidarität mit den japanischen Menschen auf und bittet um Spenden. **Auf Seite 3 und 4 »**

Arbeit

Ein faires Leiharbeitsgesetz muss her: Exportweltmeister und billige Leiharbeit – das passt nicht gut zusammen, kritisiert die IG Metall. Dennoch sträubt sich die Politik, Leiharbeit vernünftig zu regeln. Metallerinnen und Metaller erhöhen nun den politischen Druck. **Auf Seite 12 »**

Titelthema

Streitbare Metaller: Sönke Bock (Titelbild) ist im Auftrag der Versicherten unterwegs. Er ist einer von vielen Metallerinnen und Metallern, die in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen für die Rechte von Kranken und Rentnern kämpfen. Manchmal auch gegen unlautere Machenschaften ihrer eigenen Kasse.

Auf den Seiten 18 bis 21 »

Leben

Leben auf der Tastatur: Im Büro gibt es etwa 400mal mehr Bakterien als auf einer Klobrille. Klingt voll ekelig. Aber ist das ein Grund, alles mal ordentlich zu desinfizieren? Was für Möglichkeiten es gibt, den Keimen den Garaus zu machen. **Auf Seite 17 »**

Chancen

Wenn es ums Geld geht: Die jüngste Entgelt-Analyse der IG Metall für die Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche ist da. Sie zeigt: Beschäftigte, die in Firmen mit Tarifvertrag arbeiten, stehen besser da. Bei Service-Technikern machte das zum Beispiel einen Unterschied von 14,5 Prozent aus. **Auf Seite 26 »**

Impressum

Herausgeber: Berthold Huber, Dettlef Wetzel, Bertin Eichler, **Beauftragter der Herausgeber:** Jan Engelhardt

Anschrift: Redaktion **metallzeitung**
Wilhelm-Leuschner-Straße 79,
60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund
(verantwortl. i.S.d.P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe
Redaktion: Dirk Erb, Sylvia Koppelberg,
Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus-Decher
Bildredaktion: Michael Schinke
Sekretariat: Beate Albrecht,
Marion Brunsfeld

www.igmetall.de/metallzeitung

Vertrieb: Reinhold Weißmann,
Telefon: 069-6693-22 24
Fax: 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon: 06151-81 27-0
Fax: 06151-89 30 98,
E-Mail: info@zweiplus.de

Druck und Versand: apm AG, Darmstadt

Leser-Telefon:

0800-446 38 25
Montag bis Freitag:
9:00 Uhr bis 16:00 Uhr (gebührenfrei)
Fax: 069-6693-20 02
E-Mail: metallzeitung@igmetall.de

Leser-Briefe:

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Leserbriefe und Leser-E-Mails abzdrukken.

metallzeitung erscheint monatlich. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier, auf dem die **metallzeitung** gedruckt wird, besteht zu 70 Prozent aus Altpapier und zu 30 Prozent aus FSC- und PEFC-zertifiziertem Holz, das aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in Süddeutschland und in der Schweiz stammt.



Unser Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder:
metallzeitung gibt es auch als Word- oder als PDF-Datei. Bestellung an: metallzeitung@igmetall.de

Wieder trifft es nur die Arbeitnehmerhaushalte

metallzeitung 3/2011,

Ehegattensplitting

»Ich halte nichts von der Abschaffung des Ehegattensplittings. Es trifft wieder nur die Arbeitnehmerhaushalte. Der Unternehmer kann seine Ehefrau und sogar seine Kinder so in der Firma einstellen, dass der Gewinn auf beide verteilt wird und macht sich damit sein eigenes Ehegattensplitting. Ich wäre dafür, das Ehegatten- in ein Familiensplitting zu überführen, bei dem Kinder genauso viel zählen wie Erwachsene. An diesem Familiensplitting sollten auch erwachsene Kinder oder Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft teilnehmen können.«

Roland Vieker, Gütersloh

»Es ist interessant, wie die Gegner des Ehegattensplittings sich immer wieder neue Argumente einfallen lassen, um es abzuschaffen. Dabei ist es meiner Meinung nichts weiter als Neid gegenüber denjenigen, die es für sich in Anspruch nehmen. Was hindert denn eine Frau, die gleichberechtigt sein will, die Steuerklasse IV mit ihren Partner zu nehmen. Das Ehegattensplitting ist doch noch die einzige verbliebene Besserstellung von Paaren, die den Trauschein einer unehelichen Beziehung vorziehen. Es hat auch nicht jede Frau einen schönen Angestelltenjob im Büro. Sagen Sie mal der Verkäuferin, die von morgens sechs bis abends sieben im Laden steht, sie soll Familie und Beruf verbinden. Kinder in die Welt setzen kann jeder und dann diese den ganzen Tag zur Betreuung abschieben auch. Aber genau das ist es, was die Familie ausmacht: Man hat Kinder und ist für sie da. Dann wachsen sie auch besser auf. Man kann nicht dauernd jammern, dass in Deutschland die Geburten ständig zurückgehen und gleichzeitig immer weniger auf die traditionelle Familie setzen.

Wo haben wir noch einen Vorteil gegenüber denjenigen, die beide voll arbeiten? Eigentlich nur darin, dass wir mehr Zeit für uns und die Kinder haben. Ansonsten? Nur ein Einkommen, nicht so viel Urlaub, später auch nur eine Rente und ich muss aufpassen, dass ich gesund bleibe. Und bei all dem ist man neidisch auf die paar Euro, die das Ehegattensplitting bringt!«

Bernd Hegewald, Wettstetten

Auswüchse bei Leiharbeit

metallzeitung 2/2011,

Prekär ist nicht fair

»Leiharbeit wird deshalb schlecht bezahlt, weil gleich zwei Unternehmen daran verdienen. Das eine setzt auf Einsparungen an Sozialversicherungsbeiträgen und auf die Möglichkeit, sich ohne Einhaltung von Kündigungsschutz schnell trennen zu können. Der ›Seelenverkäufer‹ hingegen kassiert an der ›Ware Mensch‹ gut und zahlt schlecht. Dass sich die Lage der Leiharbeiter unter Schröder entscheidend verschlechterte, ist dem FDP-Mann mit SPD-Anstrich Wolfgang Clement zu verdanken.«

Karl-Heinz Bendorf, Oberhausen

Arbeitgeber sind auf den Geschmack gekommen

metallzeitung 3/2011,

Managerin des Alltags

»Ich habe Euren Bericht mit Interesse gelesen und fühlte mich, wie so viele andere Frauen heutzutage, angesprochen. Allerdings liegen meine Erlebnisse schon einige Jahre zurück. Als ich Ende der 80er- Anfang der 90er-Jahre nach den Geburten meiner beiden Söhne eine Teilzeitbeschäftigung beantragte, kannte man sich mit so etwas (wortwörtlich) noch gar nicht richtig aus. Mein Chef: ›Wie wollen Sie Ihre Arbeit vernünftig erledigen, Sie sind doch mit den Gedanken nur bei den Kindern?‹ Dank Unterstützung des Betriebsrates und der IG Metall wurde dann aber ein entspre-

Titelfoto: Cordula Kropke

Ein »Weiter so« darf es nicht geben

JAPAN | Das Erdbeben in Japan hat die Welt erschüttert. Die Folgen für die Wirtschaft sind nicht absehbar. Klar ist: Unser Leben wird sich verändern.



Foto: Mark Wühnhaus / atenzione

Berthold Huber auf dem Aktionstag gegen prekäre Beschäftigung. Links: Detlef Kunkel, Erster Bevollmächtigter Braunschweig; hinten: Mathias Möreke, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig; rechts: Uwe Fritsch, Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig

Wie können wir helfen? Diese Frage haben wir nach dem Erdbeben unseren japanischen Kollegen gestellt. Wenige Tage später hat die IG Metall ein Spendenkonto für die Erdbebenopfer in Japan eingerichtet.

Die Wucht der Zerstörung und das Leid der Menschen hat uns entsetzt. Aber es ist noch mehr. Es ist nicht nur die Ohnmacht gegenüber den zerstörerischen Kräften der Natur. Es ist auch das Entsetzen über das von Menschen gemachte atomare Unglück, dessen Verheerungen und langfristige Auswirkungen noch gar nicht überschaubar sind. Es ist klar geworden, dass nicht nur außer Rand und Band geratene Finanzmärkte die Welt an den Rand des Abgrunds treiben können. Sondern auch die industrielle Basis der hochentwickelten Welt ist durch die Gefahr von Atom-Gaus schwer erschüttert.

Umbau. Arbeitgeber und die schwarz-gelbe Regierung müssen jetzt umsteuern. Ein »Weiter so« kann und darf es nicht geben. Das fängt bei einer anderen, nachhaltigen Energiepolitik an. Die IG Metall steht zum Atomausstieg. Aber auch die industrielle Basis muss gestärkt werden. Umweltfreundliche Autos, neue Werkstoffe sowie Innovationen beim Bau von Energieerzeugungsanlagen: So könnte unsere Zukunft aussehen. Schon jetzt ist deutsche Spitzentechnologie überall auf der Welt gefragt. Allerdings: Nicht die Jagd nach dem Shareholder Value bringt Wachstum und Wohlstand. Auf den Menschen kommt es an. Deshalb streiten wir für eine Regulierung der Finanzmärkte. Und wir kämpfen weiter gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung. Wir wollen einen politischen Kurswechsel. Seit dem 11. März wissen alle: Es gibt dazu keine Alternative.

Berthold Huber

? FRAGE UND ANTWORT

Da liegt mir eine den Frauen gewidmete Zeitung vor und bei den Preisen im März-Rätsel? Gleichberechtigung Fehlanzeige. Wie zum Hohn gibt es dort einen Akku-Schrauber und Fußball zu gewinnen. Wie wäre es mit einem Buch oder Blumengutschein?
Melanie R.-F., per E-Mail

Antwort der Redaktion:

Mit der Frauenausgabe der metallzeitung ging es uns darum, Frauen aus der »Blumenecke« rauszuholen. Im Vorfeld der Frauen-Fußball-WM in Deutschland halten wir unseren Fußball für hochaktuell. Über den Akku-Schrauber freuen sich auch unsere Gewinnerinnen immer wieder. Schließlich gibt es nicht nur Männer, sondern auch sehr viele Frauen, die gerne heimwerken wollen – und das auch müssen.

chender Arbeitsplatz eingerichtet. Ganztags in der Schule oder über Mittag Betreuung im Kindergarten, auch das gab es leider auf dem Dorf nicht. Wenn keine Großeltern zur Verfügung standen hieß es, in einem sehr, sehr engen Zeitfenster – Arbeit, Kinder, Haushalt unter einen Hut zu bringen. Heute sind meine Kinder erwachsen und die Problematik ist genau umgekehrt: Seit Jahren bemühe ich mich um eine Vollzeitstelle. Jetzt sind die Arbeitgeber zu meinem Leidwesen auf den Geschmack gekommen. In meinem Beruf werden heute lieber zwei Personen im Minijob eingestellt, als eine Vollzeitkraft!«

Elke Annette Döls, per E-Mail

Das wahre Leben

metallzeitung 3/2011, Karikaturenwettbewerb

»Genial in der aktuellen Ausgabe Eurer Zeitung finde ich die Traueranzeige von Bettina Kumpke. Die Fünfhundert Euro hat sie sich redlich verdient, denn der Text ist so was von aus dem Leben gegriffen. Überhaupt finde ich die Zeitung immer wieder klasse!«

Andrea Roth, Auerbach/Vogtland



Foto: Andreas Treiber

»Steigen sie ein, mit uns fahren sie besser«, so die Werbung einer Leiharbeitsfirma auf einer Straßenbahn. Sieht mal wieder so aus, als ginge das Versprechen nicht auf: Der Waggon ist jedenfalls auf dem Schrottplatz gelandet. Das Foto schickte Metaller Andreas Treiber aus Heidelberg.

BILD DES MONATS

Stummer Frühling

Die Bilder aus Japan machen uns sprachlos. Erdbeben, Tsunami und dann die Atom-Katastrophe: Die Menschen in Japan hungern, frieren und trauern. Und: Sie haben Angst vor den Strahlen, die Tod und Krankheiten bringen. Viele Eltern – wie die des kleinen Mädchens auf unserem Foto – bangen um die Zukunft ihrer Kinder. Nicht nur in Japan. Auf der ganzen Welt wollen die Menschen lieber erneuerbare Energien als die unkalkulierbare Atomkraft.

Solidarität. Die IG Metall trauert mit den Japanern und bittet um Spenden. Bereits unmittelbar nach dem Erdbeben schrieb der Erste Vorsitzende Berthold Huber an die japanische Metallgewerkschaftsföderation: »Bitte teilt uns mit, ob es irgendetwas gibt, was wir tun können.« Die IG Metall ist in Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen in Japan. Es gibt Berichte über Tote und Verletzte auch bei Honda in Tochigi oder dem JFE Stahlwerk in Chiba.

Gegen Atomkraft. Die IG Metall setzt auf eine Energieversorgung ohne Atomstrom. Metaller beteiligen sich in den nächsten Wochen an zahlreichen Anti-Atomkraft-Demos. Dass die IG Metall gute Ideen für eine nachhaltige Energieversorgung hat, präsentierte sie der Bundesregierung bereits während der Diskussion um die Laufzeitverlängerung im vergangenen Jahr. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Spendenkonto, Vorschläge zur Energiepolitik, Aufrufe zu Demonstrationen, aktuelle Nachrichten und Infos über die wirtschaftlichen Auswirkungen:

► www.igmetall.de/japan



Photo:Kyodo/REUTERS

Ein Tarif für alle

PRIVATE VORSORGE

Weil Frauen gesünder und damit länger leben, sind Privatversicherungen für sie oft teurer. Das ist diskriminierend, entschied der Europäische Gerichtshof.

Frauen leben länger als Männer – zumindest im Durchschnitt. Deshalb zahlen sie für private Lebens-, Renten- oder Krankenversicherungen mehr. Mit dieser Praxis macht der Europäische Gerichtshof Schluss. Der Faktor Geschlecht darf spätestens ab dem 21. Dezember 2012 bei der Berechnung der Prämien keine Rolle mehr spielen. Versicherer müssen dann Uni-Sex-Tarife anbieten. Das heißt: Männer und Frauen zahlen einen Preis, egal wofür sie sich versichern.

Die IG Metall begrüßt die Entscheidung, da sie mehr Gleichberechtigung schafft. Sie beendet einen Rechtszustand, der vor allem auf Druck der Versicherungswirtschaft entstanden ist. Die Entscheidung

gilt formal zwar nur für private Versicherungsverträge. Nach Ansicht der IG Metall hat sie aufgrund von EU-Recht aber auch Bedeutung für alle Formen betrieblicher Altersversorgung.

Nur keine Eile. Unklar ist zurzeit noch, ob Alt-Verträge nach dem 21. Dezember 2012 auf Uni-Sex-Tarife umgestellt werden müssen. Für Versicherungswillige besteht nach Ansicht der IG Metall aber keine Eile, einen Vertrag abzuschließen. Wer sich mit dem Gedanken trägt, sollte jedoch die betriebliche Altersvorsorge wählen. In dem Fall sind die Arbeitgeber mit im Boot, wenn es um die Tariffrage geht. Sie haben ein Interesse, dass es rechtlich stimmt. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

PFLAUME DES MONATS

Deutschlands große Aussteigerin

Im Juni 2009 fand Angela Merkel es »jammerschade, wenn Deutschland (aus der Atomenergie) aussteigen würde«. Jetzt starrte sie auf die Trümmer in Fukushima, stotterte etwas von »nach allen wissenschaftlichen Maßstäben unmöglich« und mutierte zur Oberaussteigerin. Meinungswandel sind nichts Neues für die schwarzgelbe Regierung. 2002 empörte sie sich, dass Deutschland unter Kanzler Schröder beim Krieg gegen den Irak nicht mit den Alliierten mitzog. Merkels politischer Kumpel Westwelle sah damals deswegen »das Vertrauen in die Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik schwer erschüttert«. Und jetzt in Libyen? Ist das piepegal. Ach, hätte doch Atommüll so eine kurze Halbwertszeit wie die Überzeugungen dieser Regierung. ■



Foto: Ronald Wittke dpa/lsw/ps

ZAHLEN UND FAKTEN

2,5

Milliarden Überstunden

Rund 1,25 Milliarden bezahlte Überstunden haben Arbeitnehmer in Deutschland im vergangenen Jahr angehäuft, 15 Prozent mehr als 2009. Mit unbezahlter Mehrarbeit waren es insgesamt sogar 2,5 Milliarden Stunden, schätzt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Laut IAB müssen besonders Niedriglöhner unbezahlte Überstunden machen.

91

Bürger für Equal Pay

Eine große Mehrheit der Bundesbürger empfindet die ungleiche Behandlung von Leiharbeitnehmern und Stammbeschäftigten als ungerecht. 91 Prozent meinen, Leihbeschäftigte müssen ein Recht auf gleiche Bezahlung haben. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts YouGov für die Wochenzeitung »Die Zeit«.

8,8

Weniger Arbeitsunfälle

Die gute Nachricht: Die meldepflichtigen Arbeitsunfälle werden von Jahr zu Jahr weniger: 2009 (aktuellste Zahl) gingen sie im Vergleich zu 2008 um 8,8 Prozent zurück: auf rund 886 000. Die tödlichen Unfälle sind sogar um 20,6 Prozent gesunken: auf 818. Die schlechte Nachricht: Die Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit haben um 10,2 Prozent zugenommen: Fast 67 000 Anzeigen wurden 2009 gestellt.



Foto: Christian Ammering / pa

Zigtausende Krankenversicherte zahlen die Zusatzbeiträge nicht. Ihnen droht Lohnpfändung.

Mahnbriefe vom Zoll

ZUSATZBEITRAG FÜR DIE KRANKENKASSE

Zigtausende Versicherte zahlen die Zusatzbeiträge für die Krankenkasse nicht. Jetzt will die erste Kasse das Geld von Zollbeamten eintreiben lassen. Das wird teuer: für den Staat und die Kassen. Die IG Metall hält die Zusatzbeiträge ohnehin für einen Irrweg.

Das hat den Zollbeamten gerade noch gefehlt: Als hätten sie nicht genug damit zu tun, Steuern einzutreiben, Schwarzarbeit aufspüren, Drogendealern und Waffenschmugglern das Handwerk zu legen, sollen sie jetzt auch noch Krankenversicherte ins Visier nehmen. Hunderttausende Versicherte, deren Kassen Zusatzbeiträge verlangen, zahlen nicht. Von den 13 Kassen, die schon Zusatzbeiträge erheben, hat die Deutsche Angestellten-Krankenkasse jetzt als erste die Hauptzollämter aufgefordert, das Geld bei ihren säumigen Versicherten einzutreiben. Es geht um rund 20 Millionen Euro.

Doch deren Begeisterung hält sich in Grenzen. »Ohne mehr Personal«, sagt Klaus Leprich, Vorsitzender eines Zoll-Berufsverbands, sei das »nicht zu leisten«. Die 34 000 Beamten schaffen es schon

WISSEN

Wenn der Zollmann zweimal klingelt

- Bevor die Krankenkasse einen Zusatzbeitrag erhebt, schickt sie dem Versicherten einen Bescheid. Zahlungsunwillige erhalten zudem ein Mahnschreiben. Denn die Kassen sind gesetzlich verpflichtet, die festgelegten Einnahmen vollständig zu erheben.
- Zahlt jemand nach Mahnungen immer noch nicht, weist die Kasse das Hauptzollamt an zu vollstrecken. Denn der Zoll ist für die gesetzlichen Krankenkassen zuständig (§ 66, Abs. 1, Satz 1 Sozialgesetzbuch X und § 4 b Verwaltungsvollstreckungsgesetz des Bundes).
- Das Zollamt kündigt dem Kassenmitglied die Vollstreckung erst einmal an – und zwar grundsätzlich schriftlich. Eine letzte Möglichkeit für Schuldner, eine Pfändung zu verhindern.
- Wird vollstreckt, sind Schuldner verpflichtet, auch die Gebühren und Kosten der Hauptzollämter zu zahlen. Gleiches gilt für einen Versäumniszuschlag, den die Kassen erheben dürfen.
- Das Hauptzollamt muss nicht prüfen, ob die Forderung rechtens ist. Offene Fragen müssen direkt mit der Kasse geklärt werden.
- Wer 2010 nicht gezahlt hat, schuldet bei acht Euro Zusatzbeitrag fürs ganze Jahr 96 Euro plus 20 Euro Versäumniszuschlag.

jetzt nicht, alle Fälle abzuarbeiten. Wegen Rückständen sind dem Staat und den Sozialversicherungen allein 2009 4,6 Milliarden Euro entgangen. Und jetzt sollen die Beamten an hunderttausende Versicherte Mahnbriefe schreiben, sie anrufen und an Türen klingeln, um pro Monat acht Euro zu pfänden.

Boycott. Warum zahlen die Versicherten nicht? Nicht allen ist klar, dass sie das Geld selbst überweisen müssen. Etliche zahlen den Zusatzbeitrag aus Protest nicht. Sie wehren sich dagegen, dass ihnen einseitig chronisch steigende Beiträge aufgebürdet werden, nur um die Arbeitgeber zu entlasten. Aber wenn auch viele Versicherte diese Gesundheitsreform der schwarz-gelben Koalition für missraten halten: Sie ist erst mal Gesetz, Widerstand durch Nicht-Zahlen ist zwecklos.

Zwar haben die Versicherten ein Sonderkündigungsrecht, wenn ihre Kassen einen Zusatzbeitrag erheben oder erhöhen wollen. Aber wer kann sicher sein, dass andere nicht bald nachziehen? »Auf Dauer wird keine Krankenkasse um Zusatzbeiträge herumkommen«, ist Werner Lohre, Krankenversicherungsexperte und Sozialrechtler beim IG Metall-Vorstand, überzeugt. Und wenn eine Kasse pleite geht, haften die anderen – und müssen den Versicherten noch früher mehr Geld abknöpfen.

Irrweg. Aus Sicht der IG Metall bleiben die Zusatzbeiträge ein »Irrweg«, wie Lohre formuliert. »Sie helfen nicht, die Ausgaben im Gesundheitswesen zu begrenzen, sondern belasten einfach allein die Versicherten mit den steigenden Kosten.«

Dabei ist der Verwaltungsaufwand der Kassen fürs Eintreiben der Beträge schon jetzt so hoch, dass er rund ein Viertel der neuen Einnahmen gleich wieder verschlingt.

Alternativen. Die IG Metall setzt weiter auf ihre Alternativen: Keine Zusatzbeiträge für Versicherte – sie und die Arbeitgeber sollen wieder je die Hälfte der Beiträge finanzieren. Die Einkommensgrenze, bis zu der Beiträge berechnet werden, soll von jetzt jährlich 44 550 Euro (Ost) und 45 000 (West) auf die Grenze in der Rentenversicherung steigen: Die liegt bei 57 600 und 66 000 Euro. Das brächte zusätzliches Geld in die Kassen der Krankenversicherungen. Genauso wie eine Bürgerversicherung für alle.

Doch dazu wird es vorerst nicht kommen. Die Kassen werden auch weiterhin mit großem Aufwand ihren Zusatzbeiträgen hinterherjagen und überforderte Beamte, wie Zöllner Leprich befürchtet, »in einer Flut offener Verfahren zu versinken«. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

RECHT NAH DRAN

Gleiche Arbeit – Gleiches Geld gilt auch rückwirkend

Nun steht fest: Die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen, kurz CGZP, war auch in der Zeit zwischen 2003 und 2009 nicht tariffähig. Für Leiharbeiter, die nach dem CGZP-Tarif bezahlt wurden, heißt das: Sie können Geld nachfordern und zwar rückwirkend für die letzten drei Jahre. Es sei denn, der Arbeitsvertrag enthält eine Klausel, wonach solche Ansprüche nach einem bestimmten Zeitraum verfallen.

Ungültig. Regelt kein Tarifvertrag die Einkommen, müssen Leiharbeiter nach dem Gesetz wie Festangestellte bezahlt werden. Im Fall der CGZP gab es zwar einen Tarifvertrag. Dieser war aber ungültig, da die Christliche Vereinigung nicht tariffähig war, wie das Bundesarbeitsgericht (BAG) im Dezember entschied. Ohne Tarifvertrag gilt: Gleiche Arbeit, gleiches Geld, auch rückwirkend.

Die Differenz zwischen dem CGZP-Tarif und den Einkommen der Festangestellten können Leiharbeiter jetzt

nachfordern. Dabei können mehrere 10 000 Euro zusammenkommen (siehe hierzu auch Interview auf Seite 24).

Bislang versuchen die Verleiher, die Folgen des Urteils herunterzuspielen. Ihrer Ansicht nach hat das BAG über die Tariffähigkeit der christlichen Tarifgemeinschaft nur im Dezember 2010 entschieden. Das trifft nach der vorliegenden Urteilsbegründung nicht zu. Aus Sicht der IG Metall gibt es daher keinen Grund, länger auf Geld zu warten. Das trifft sowohl auf Beschäftigte und ehemalige Arbeitnehmer der Verleiher zu als auch auf die Sozialkassen. Sie können Beiträge sogar für die letzten fünf Jahre nachfordern. Die Rentenversicherung hatte im letzten Jahr mögliche Ansprüche geltend gemacht. Ende März setzte der Spitzenverband den Verleihern eine Frist bis Ende Mai nachzuzahlen. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Bei Fragen helfen die Verwaltungsstellen. Musterschreiben gibt es im Mitgliederbereich des Internets:

► www.igmetall.de/leiharbeit

Jobs bei Harman Becker gerettet

Die 670 Arbeitsplätze bei Harman Becker im südpfälzischen Schaidt sind gerettet. Das haben Belegschaft und IG Metall nach monatelangen Verhandlungen und zahlreichen Aktionen Mitte März durchgesetzt. Die geplante Verlagerung der Autoradio- und Navi-Produktion in ein europäisches Billiglohnland ist vom Tisch. Statt dessen musste das US-Management den Erhalt

des Standorts bis mindestens 2016 garantieren. Betriebliche Kündigungen sind bis zum 31. Dezember 2013 ausgeschlossen – und auch danach nur gegen hohe Abfindungen möglich.

Neben Warnstreiks und Mahnwachen der Beschäftigten hatten auch Proteste von Kundenunternehmen, etwa Porsche und VW, den Druck auf das Harman-Management erhöht. ■

LEIHARBEIT

TICKER+++

Betriebsräte der IG Metall begrenzten Leiharbeit beispielsweise bei ...

... Audi

Der Autohersteller wird in Neckarsulm und Ingolstadt je 100 Leiharbeiter einstellen. Im Laufe des Jahres sollen in Neckarsulm weitere Festeinstellungen folgen.

... Bosch-Rexroth

Bei Bosch-Rexroth in Elchingen erhalten 60 Leiharbeiter einen festen Vertrag. Das ist ein großer Erfolg nach der Protestaktion gegen Leiharbeit am 24. Februar, an der mehr als 300 Beschäftigte des Unternehmens teilnahmen.

... Mercedes-Benz

Auf Initiative des Betriebsrats werden in Untertürkheim 100 Leiharbeiter und 87 befristete Jungfacharbeiter festangestellt.

... Siemens

Siemens stellt in seinem Werk in Frankfurt-Fechenheim nun auch Ladesäulen für Elektrofahrzeuge her und hat rund 200 Leiharbeiter übernommen, wenn auch vorerst nur befristet.

... VW

200 Leiharbeiter von VW Sachsen in Zwickau und Chemnitz erhielten im vergangenen Monat ein reguläres Beschäftigungsverhältnis.

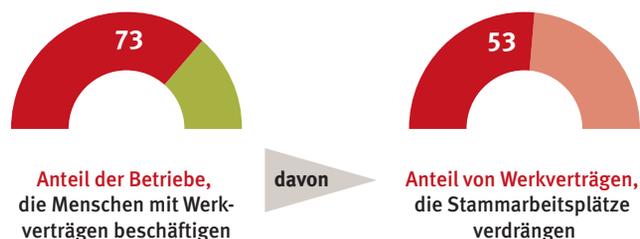
Mehr zum Thema auf den Seiten 12 und 24 sowie auf:

► www.gleichearbeit-gleichesgeld.de

DIE ARBEITSWELT IN ZAHLEN

Befristeter Werkvertrag ersetzt feste Stelle

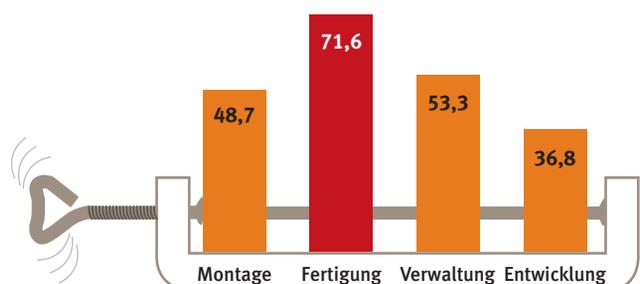
In den meisten Betrieben* gibt es Arbeit auf Werkvertrags-Basis. In diesen Betrieben verdrängen die Werkvertrags-Arbeitnehmer sehr oft Stammbeschäftigte (Angaben in Prozent).



*mehr als 900 befragte Unternehmen | Quelle: Umfrage der IG Metall Baden-Württemberg

Firmen drehen kräftig an der Leistungsschraube

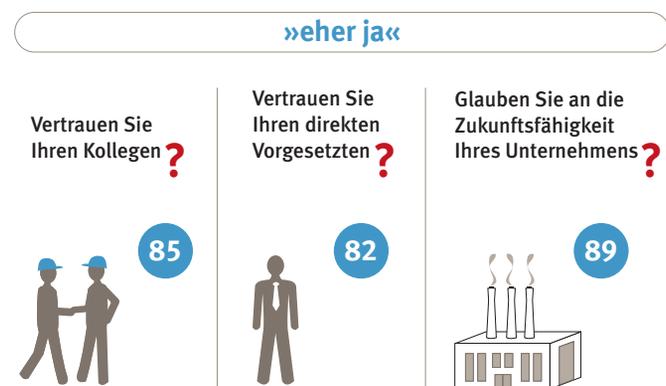
68 Prozent der Betriebe* beklagen zunehmend rigidere Leistungsvorgaben bei zu knappem Personal. Die Betroffenen sehen wachsenden Druck in den Bereichen (Angaben in Prozent):



*mehr als 900 befragte Unternehmen | Quelle: Umfrage der IG Metall Baden-Württemberg

Beschäftigte haben großes Vertrauen

So viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland antworten nach einer Umfrage in Betrieben auf die Fragen (Angaben in Prozent) ...



Quelle: Wirtschaftswoche/TNS Emnid/GPRA

Infografiken: Julia Buschmann

Das Geld der IG Metall

INTERVIEW

Die IG Metall finanziert sich durch Beiträge ihrer Mitglieder. Hauptkassierer Bertin Eichler erklärt, was mit dem Geld der Metaller passiert.

Wie hoch ist denn der Beitrag, den ein IG Metall-Mitglied für seine Gewerkschaft zahlt?

Bertin Eichler: Wer wie viel Beitrag zahlt, ist in der Satzung der IG Metall festgelegt. Beschäftigte zahlen ein Prozent ihres Bruttoentgelts. Deren durchschnittlicher Betrag liegt zurzeit bei 23,74 Euro. Rentnerinnen und Rentner zahlen 0,5 Prozent ihrer Rentenbezüge. Darüber hinaus gibt es noch weitere Regelungen. Zum Beispiel für Schüler, Studenten, Arbeitslose oder Mitglieder in Elternzeit.

Ab April steigen die Tarifentgelte für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie. Was bedeutet das für ihre Beiträge?

Eichler: Der Tarifabschluss sieht ab 1. April 2011 eine Entgelterhöhung von 2,7 Prozent vor. In vielen Firmen wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Erhöhung vorzuziehen, was uns für unsere Mitglieder natürlich freut. Parallel zu der Erhöhung werden, wie es die Satzung vorsieht, die Beiträge angepasst. Wir stellen damit natürlich auch sicher, dass unsere Mitglieder ihren Anspruch auf Leistungen nicht verlieren.

Wie hoch sind denn die Beitragseinnahmen?

Eichler: Im vergangenen Jahr lagen sie bei 442 Millionen Euro. Das war mehr, als wir aufgrund der Krise erwarten konnten.

Und was geschieht mit dem Geld?

Eichler: Der größte Teil der Einnahmen geht unseren 163 Verwaltungsstellen zu. 2010 waren dies 159 Millionen Euro. Das sind 36 Prozent – Geld, das für die Mitgliederbetreuung und politische Arbeit vor Ort eingesetzt wurde. Künftig kommen weitere 16 bis 20 Millionen Euro hinzu. Unsere Verwaltungsstellen erhalten diese zusätzlichen Mittel, um die Präsenz der IG Metall in den Betrieben zu stärken und mehr Mitglieder zu gewinnen.

Was bietet die IG Metall ihren Mitgliedern denn noch?

Eichler: Wichtige Leistungen der IG Metall sind vor allem die Streikunterstützung und der Rechtsschutz. In den letzten Jahren konnten jeweils mehr als 330 Millionen Euro für Gewerkschaftsmitglieder erstritten werden. 15 Prozent unserer Einnahmen legen wir für die Streikkasse und die Verpflichtungen gegenüber unseren Mitgliedern und Beschäftigten zurück. Für weitere Unterstützungsleistungen, wie zum Beispiel die Freizeit-Unfallversicherung oder die Hilfe im Todesfall, wurden im letzten Jahr rund 24 Millionen Euro an Mitglieder gezahlt.

Ein großer Posten war bisher immer die Bildung. Bleibt das in Zukunft so?



Fotos: Frank Rumpenhorst

Bertin Eichler ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptkassierer der IG Metall. Außerdem ist er für die Bildungsarbeit der Gewerkschaft zuständig.

Eichler: Ja. Für regionale Bildungsangebote und die Bildungsstätten hat die IG Metall 2010 rund 28,7 Millionen Euro ausgegeben. Etwa 80 000 Mitglieder haben sie genutzt. In Zukunft wollen wir uns in der Bildung weiter stark engagieren und attraktive Angebote – in attraktiver Lernumgebung – bieten. Kommenden September zum Beispiel weihen wir den Neubau unserer Bildungsstätte in Sprockhövel ein.

Wer entscheidet eigentlich, wo wie viel Geld hinfließt?

Eichler: Das entscheidet unser oberstes Gremium, der Gewerkschaftstag. Er beschließt die Satzung, in der diese Regelungen festgelegt sind. Außerdem haben wir eine – von den Einnahmen abhängige – Budgetierung. Darüber wiederum beschließt der Vorstand.

Über die Höhe ihrer Rücklagen schweigt sich die IG Metall immer aus. Warum eigentlich?

Eichler: Das hat einen guten

Grund. Im Falle eines Arbeitskampfes dürfen wir für die Arbeitgeber nicht – und das kann man schon fast wörtlich nehmen – berechenbar sein. Darum reden wir nicht darüber, wie gut die Streikkasse gefüllt ist. Aber eines kann ich sagen: Die IG Metall ist finanziell gut aufgestellt und solide abgesichert. Und das muss sie auch sein. Wir sind jederzeit streik- und handlungsfähig.

Die Rücklagen sind sicher angelegt?

Eichler: Ja, auf jeden Fall. Die IG Metall betreibt eine vorsichtige Anlagepolitik. Die Anlagen sind breit gestreut. Darüber hinaus bilanzieren wir nach den strengen Regeln des Handelsgesetzbuchs, obwohl wir es nicht müssten, und lassen unseren Jahresabschluss von Wirtschaftsprüfern testieren. Nicht zuletzt ist auch daran erkennbar, dass wir mit den Beiträgen unserer Mitglieder verantwortungsvoll und sorgsam umgehen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Welche Leistungen gibt es? Mit einem Leistungsrechner kann jeder ermitteln, wie hoch sie sind: www.igmetall.de → Mitglieder

WISSEN

Wer zahlt wieviel Mitgliedsbeitrag im Monat?

Welches Mitglied wieviel Beitrag zahlt, ist in der Satzung der IG Metall festgelegt. Die Höhe hängt vom jeweiligen Einkommen ab. 2010 haben die Mitglieder 442 Millionen Euro an die IG Metall überwiesen.

- **Voll- und Teilzeitbeschäftigte, Azubis, Beschäftigte im berufsbegleitenden Studium:** ein Prozent des Bruttoeinkommens,
- **Mütter und Väter in Elternzeit:** 1,53 Euro,
- **Beschäftigte in Altersteilzeit:** mindestens 70 Prozent des vorherigen (Vollarbeitszeit-)Beitrags,
- **Arbeitslose:** 1,53 Euro,
- **Rentnerinnen, Rentner, Kranke mit Krankengeldbezug und Umschüler:** 0,5 Prozent ihres Einkommens,
- **Studentinnen und Studenten:** 2,05 Euro.

Wer seinen Beitrag korrekt zahlt, hat Anspruch auf alle Leistungen, die die IG Metall bietet.

IN KÜRZE

3,6 Prozent mehr Geld

Die nächste Tarifrunde steht an: Mitte April beschließt der IG Metall-Vorstand die Forderung für 150 000 Beschäftigte in der Holz- und Kunststoffindustrie. Die ersten Tarifkommissionen forderten 5,8 Prozent.

Für die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie setzte die IG Metall schon im Februar 3,6 Prozent mehr Lohn



Gut aufgerollt: Tarifrunde brachte 3,6 Prozent.

ab Oktober durch. Und für Mai bis September je Monat 50 Euro. Für die ostdeutschen Textiler und die Großwäschereien gab es bis Redaktionsschluss keinen Abschluss.

Die IG Metall forderte fünf Prozent. Aktuelle Informationen stehen unter:

► www.textil-tarifrunde-2011.de

Nicht verfassungswidrig

Wer vor dem 60. Lebensjahr eine Erwerbsminderungsrente erhält, muss Abschlüsse hinnehmen. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die IG Metall kritisiert die Entscheidung und hält die Abschlüsse bei Erwerbsminderungsrenten für falsch. Schließlich ende das Erwerbsleben eines Beschäftigten nicht freiwillig, sondern vielmehr aus gesundheitlichen Gründen.

► **AZ: 1 BvR 3588/08, 1 BvR 555/09 vom 11. Januar 2011**

Respekt!

Kein Platz für Rassismus

www.respekt.tv

Gegen Rassismus

Respekt bedeutet in erster Linie Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Und ist die Grundlage für ein friedliches und erfolgreiches Miteinander. Das will die Initiative »Respekt! – Kein Platz für Rassismus« stärken. Die IG Metall ist seit März dabei.
Von Ilka Grobe

»Es ist nicht wichtig, wo auf dieser Welt du geboren wurdest – wenn du dich an die Fußball-Regeln hältst, kannst du kicken.« Ein Zitat von Jürgen Klopp, Trainer der Borussia Dortmund. Klopp ist einer der über hundert prominenten Botschafter der Initiative »Respekt! – Kein Platz für Rassismus«.

Das Zitat stammt aus dem Buch »Respekt: 100 Menschen – 100 Geschichten«. Worum geht es aber genau bei der Initiative? Es geht darum, Menschen zusammenzubringen, die sich gemeinsam eine Gesellschaft schaffen, in der alle gerne leben. Ob schwarz oder weiß, hetero, bi- oder homosexuell, ob mit einem Gott oder ohne, Mann, Frau, alt, jung: Jeder hat seinen Platz und ist wertvoll für die Gemeinschaft.

Jeden Tag kommen Millionen Menschen am Arbeitsplatz zusammen. In den meisten Betrieben ist es bunt. Doch funktioniert die Integration bei der Arbeit genauso gut wie im Profi-Fußball? Im Betrieb gibt es noch viel gegen Rassismus und Vorurteile zu tun.

Deswegen ist die IG Metall seit März Partner der Initiative. Denn: Ein respektvoller Umgang miteinander ist die wichtigste Grundlage für ein positives und freundliches Arbeitsklima. Für Beschäftigte, die Respekt zum Thema machen wollen gibt es Unterstützung. Zum

Beispiel ein Schild mit der Aufschrift »Respekt! Kein Platz für Rassismus«. Das Schild kann zum Beispiel am Werkstor aufgehängt werden. Im Frankfurter Fußballstadion hängt es schon, genauso wie in vielen Schulen und in so manchem Kino.

Respekt im Betrieb. Nur nett zueinander sein reicht aber nicht aus, um Rassismus im Keim zu ersticken. In der Arbeitswelt gibt es neben offener Ausländerfeindlichkeit auch versteckte Vorurteile. Wer sich mit ausländischem Namen bei einer kleineren Firma bewirbt, hat eine um 24 Prozent geringere Chance, zum Gespräch eingeladen zu werden. Jugendliche mit Migrationshintergrund schaffen selten einen guten Schulabschluss. Und bei dem Kampf um Ausbildungsplätze müssen sie sich hinten anstellen. Auch an Weiterbildungen nehmen sie selten teil. Gründe für die Ausgrenzung bestimmter Gruppen fangen also bereits in der Schule an.

Die Bundesregierung hatte sich zusammen mit Bündnispartnern bereits im Jahr 2007 das Ziel gesetzt, die Integrationspolitik zu verbessern. Der »Nationale Integrationsplan« war der erste Schritt. 2010 stellte die Regierung dann fest, dass es keine messbaren Fortschritte gibt. Vor allem hapert es weiterhin in den Be-

reichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Denn: Viele Migranten haben keine sicheren Arbeitsplätze und schlagen sich als Leiharbeiter durch.

Die Initiative Respekt will das ändern. Ein Ziel, das auch die IG Metall verfolgt. Auch sie setzt sich ein für Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt am Arbeitsplatz. Um diese Werte noch stärker zu unterstützen, beteiligt sie sich seit März an der Initiative »Respekt! – Kein Platz für Rassismus«. Und auch die metallzeitung wird von nun an regelmäßig über die Erfolge der Initiative berichten. ■

Glossar

Diskriminierung: Wer diskriminiert wird, wird benachteiligt und ausgegrenzt. Rassismus ist zum Beispiel Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Kultur. Es handelt sich meist um ein Phänomen in Gruppen, in denen eine Mehrheit, die viele Gemeinsamkeiten hat, Minderheiten oder einzelne Personen unterdrückt, bewusst und unbewusst. Die Initiative Respekt und die IG Metall set-

Interview

Bevor wir über die Kulturmittler reden: Was bedeutet Respekt am Arbeitsplatz für Dich?

Ali Güzel: An unserem Standort arbeiten Menschen aus 142 Ländern zusammen. Wir alle verbringen hier viel Zeit miteinander. Gegenseitiger Respekt ist das A&O für den Zusammenhalt. Ich setze viel Kraft und Geduld dafür ein, dass wir unsere Gemeinsamkeiten erkennen sowie Vorurteile und Ängste abbauen.

Seit 2001 gibt es bei Euch sogenannte Kulturmittler. Wie seid Ihr auf diese Idee gekommen und was ist deren Aufgabe?

Güzel: Auslöser für diese Idee waren die Terroranschläge in den USA am 11. September 2001. Auf einmal waren auch in Deutschland sämtliche Migranten potenzielle Terroristen. Das ist natürlich übertrieben formuliert, aber es gab einen Schub für die Skepsis gegen Ausländer. Wir haben in Seminaren zunächst 30 Kulturmittler ausgebildet, inzwischen sind es 140 an unserem Standort. Auch Führungskräfte sind dabei. Die Kulturmittler organisieren aktiv einen Austausch zwischen den Kulturen und Religionen, zum Beispiel gehen sie mit Kollegen in eine Moschee oder Synagoge. Einer sagte danach: »Jetzt kann ich mir selbst ein besseres Bild von Eurer Religion machen.« Solche Aktionen sind kleine Meilensteine für respektvollen Umgang.

Aber es gibt doch sicher auch handfeste Konflikte zwischen den verschiedenen Nationalitäten am Arbeitsplatz?

Güzel: Richtig. Und das ist die zweite Aufgabe der Kulturmittler. Sie können jederzeit als Schlichter gerufen werden. Ein Problem sind die Urlaubsansprüche im Sommer. Kollegen mit Wurzeln im Ausland haben dort oft Familie und Freunde. Und sie wollen lange Urlaube bei Ihnen verbringen. Die Schlichter finden fast immer eine Lösung, mit der alle zufrieden sind. Ansonsten haben wir natürlich Schmierereien auf den



Ali Güzel arbeitet bei ThyssenKrupp Steel in Duisburg. Der 43-jährige war von Anfang an dabei, als die Idee mit den »Kulturmittlern« aufkam. Heute ist er Betriebsrat, Vorsitzender des Migrations-Ausschusses und Kopf des Kulturmittler-Vereins.

Toiletten. »Türken gehören in den Hochofen«, zum Beispiel. Wird einer erwischt, gibt's die Kündigung. Und mit den Kollegen aus dem entsprechenden Arbeitsbereich sprechen wir dann offen. Jeder hat das Recht auf Würde, dafür wollen wir sensibilisieren.

Wie sieht es aus mit der gerechten Eingruppierung in die Entgeltgruppen?

Güzel: Auch das ist ein wichtiges Feld für die Kulturmittler. Sie gucken Vorgesetzten

auf die Finger, damit keiner wegen seiner Herkunft diskriminiert wird. Als Migrant kommt man ja nicht dümmer auf die Welt als ein Deutscher. Und nur wer gerecht verdient, identifiziert sich mit seiner Arbeit und seinem Betrieb. Das weiß auch unser Arbeitsdirektor. Er unterstützt übrigens die Etablierung von Kulturmittlern.

Was muss denn deutschlandweit gegen Rassismus getan werden?

Die Deutschen dürfen nicht müde werden, auf Migranten neugierig zu sein. Das Ganze

ist natürlich keine Einbahnstraße: Migranten müssen auch bereit sein, sich zu integrieren, und dürfen die Deutschen nicht als »ungläubige Christen« abstempeln. Jeder darf an das glauben, was er gut findet. Wenn der Respekt in diesem Sinne steigt, können wir die Mauer der Beziehungslosigkeit durchbrechen.

Wer mehr wissen möchte über das Kulturmittler-Konzept schreibt eine Mail an: ali.guezel@thyssenkrupp.com

zen sich ein für eine Gesellschaft, in der es egal ist, welche Herkunft, Religion oder Leistungsfähigkeit Menschen besitzen.

Sexismus: Ein Sexist erwartet, dass sich Männer und Frauen so verhalten, wie er glaubt dass sie sich verhalten sollten. Jetzt ist nicht gleich jeder »Typisch-Mann-Spruch« oder »Typisch-Frau-Spruch« sexistisch. Wo also ist die Grenze zwischen dem harmlosen Traditionsdenken und dem Sexismus? Sexismus geht einher mit einem Machtdenken und Sich-überlegen-Fühlen. Also zum Beispiel, wenn jemand einem Geschlecht mehr Bedeutung zumisst als

dem anderen. Nur ein Fünftel glaubt, die Gleichstellung von Mann und Frau sei in Deutschland gegeben. Respekt und die IG Metall setzen sich ein für eine Gesellschaft, in der niemand glaubt, er sei was Besseres.

Homophobie: »Phobie« steht für Angst. Homophobie ist die Angst oder Abneigung gegen Homosexuelle. Gegen Schwule und Lesben gibt es eine Reihe von irrationalen Ängsten. Allen voran: Sie würden das traditionelle Familienbild zerstören, und eine Gesellschaft, die dies zulässt, werde untergehen. Respekt und die IG Metall setzen sich dafür ein, dass jeder sein Familienmodell leben kann.

Und wo stehst Du? Auch die Beschäftigten der Metall-, Elektro- Holz-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Automobilbranche sind eine buntgemischte Gemeinschaft: Alte und Junge, Frauen und Männer, Menschen, die aus allen Herren Ländern stammen. Meistens läuft alles glatt am Arbeitsplatz. Manchmal gibt es beim Job Probleme mit Rassismus, Homophobie oder Sexismus. Welche Erfahrungen machst Du? Schreib an: respekt@igmetall.de
Frag Deinen Vertrauensmann oder Betriebsrat, ob Ihr Respekt zum Thema machen wollt.
www.respekt.tv
www.igmetall.de/respekt

Keine Ruhe geben

LEIHARBEIT Qualitätsprodukte und billige Leiharbeit – das passt nicht gut zusammen, kritisiert die IG Metall. Dennoch sträubt sich die Politik, Leiharbeit vernünftig zu regeln. Metallerinnen und Metaller erhöhen nun den Druck.



Foto: kip-works

Immer schön auffallen. Wer sich gegen unfaire Leiharbeit wehren will, muss jetzt Farbe bekennen.

Das Paket hatte es in sich. 11 000 Metallerinnen und Metaller sagten »Nein zum Missbrauch von Leiharbeit« und zwar schriftlich. Gebündelt in einem Paket überreichte eine Delegation der IG Metall in München die Unterschriften an die FDP.

Viele Menschen wollen nicht hinnehmen, dass Belegschaften gespalten werden in Abgesicherte und Ungesicherte. Sie unterstützen die Forderung der IG Metall, Leiharbeit fair zu regeln und den Missbrauch zu stoppen. Denn in den Unternehmen wird Leiharbeit zum Lohndumping eingesetzt. Betriebe reduzieren den

Anteil der Stammbeschäftigten auf 70, manche sogar auf 50 Prozent. Der Rest wird nach Bedarf mit Leiharbeit aufgefüllt. Laut einer Studie aus Nordrhein-Westfalen nutzten bereits vor der Krise 2008 rund 25 Prozent der Betriebe die Leiharbeit, um Stammbeschäftigung abzubauen.

Schlupfloch gebaut. Unterstützt werden sie dabei von der Politik. Zwar galt der Grundsatz gleiche Bezahlung schon bisher. Doch der Gesetzgeber hatte ein Schlupfloch eingebaut. Per Tarifvertrag kann davon abgewichen werden. Das taten die Arbeitgeber gemeinsam

MACH MIT

Grüße nach Berlin

Gegen Leiharbeit hilft nur Widerstand und da kann jeder mitmachen. Einfach mal in der Bürgersprechstunde des eigenen Bundestagsabgeordneten vorbeischaun und fragen, wie er es mit der Leiharbeit hält. Oder eine E-Card nach Berlin schicken. Wie das geht, steht hier:

► www.igmetall.de
→ Leiharbeit

mit den sogenannten christlichen Gewerkschaften nach unten.

Das Gesetz wird überarbeitet, da es an eine EU-Richtlinie angepasst werden musste. Doch Besserung ist nicht in Sicht. Der jetzige Gesetzentwurf wird den Missbrauch aus Sicht der IG Metall nicht stoppen. Diese Kritik trug auch NRW-Bezirksleiter Oliver Burkhard im Ausschuss für Arbeit und Soziales vor. Sein Fazit: »Gleiche Arbeit, gleiches Geld – ohne jede Ausnahme. Das muss ins Gesetz. Wenn die Regierung anders entscheidet, wird es bei diesem Thema keine Ruhe geben.« ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Auch Papis dürfen »stillen«



»Stillurlaub« steht auch männlichen Arbeitnehmern zu, deren Frauen selbstständig sind. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH, C-104/09) entschieden. Ein berufstätiger Vater in Spanien hatte Stillurlaub beantragt. Dieser wurde abgelehnt, weil die Mutter nicht abhängig beschäftigt war. Zu Unrecht. Die spanische Regelung verstößt laut EuGH gegen das Geschlechterdiskriminierungsverbot. Jeder hat ein Recht auf Stillen. ■

Vorsicht bei humorlosen Chefs

Am 1. April darf jeder Schabernack mit seinen Mitmenschen treiben, ohne dass sie es ihm übel nehmen. Das dachten wohl vier Schweizer und nähten ihrem Chef Arme und Beine am Arbeitsanzug zu. Der verstand überhaupt keinen Spaß und schmiss die vier raus. Auch die Schweizer Richter reagierten völlig humorlos: Kein

Aprilscherz am Arbeitsplatz. Ob deutsche Richter mehr Humor hätten, ist nicht bekannt. Wer Aprilscherze treibt, sollte am Arbeitsplatz daher Feingefühl walten lassen. Beleidigungen und verletzendes Behauptungen eignen sich nicht als Scherz. Und ob der Chef Spaß versteht, sollte man besser vorher wissen. ■

PRÜFSTAND

Versichert bei Telearbeit?

Immer mehr Beschäftigte arbeiten von zu Hause aus. Per Mail und Telefon sind sie mit dem Büro und dem Betrieb verbunden. Auch für diese Arbeitnehmer gilt der Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Allerdings greift der Versicherungsschutz nur, wenn der Unfall auch in Zusammenhang mit dem Job steht. Das ist bei Unfällen zu Hause schwieriger zu beurteilen als im Betrieb, zeigen viele Urteile.

Voller Schutz. Der Versicherungsschutz schließt alle mit der Arbeit in Zusammenhang stehenden Wege ein. Also Dienstreisen zu Kunden oder wenn der Arbeitsplatz im Betrieb aufgesucht werden muss, sind unfallversichert. ■

Susanne.Rohmund@igmetall.de

Infos zur Unfallversicherung bei Telearbeit gibt es bei den Berufsgenossenschaften, der IG Metall vor Ort und im Internet unter:

▶ www.ergo-online.de
→ Arbeitsorganisation
→ Telearbeit

▶ www.telewisa.de



Auch alle, die von zu Hause aus arbeiten, sind über die Berufsgenossenschaft unfallversichert.

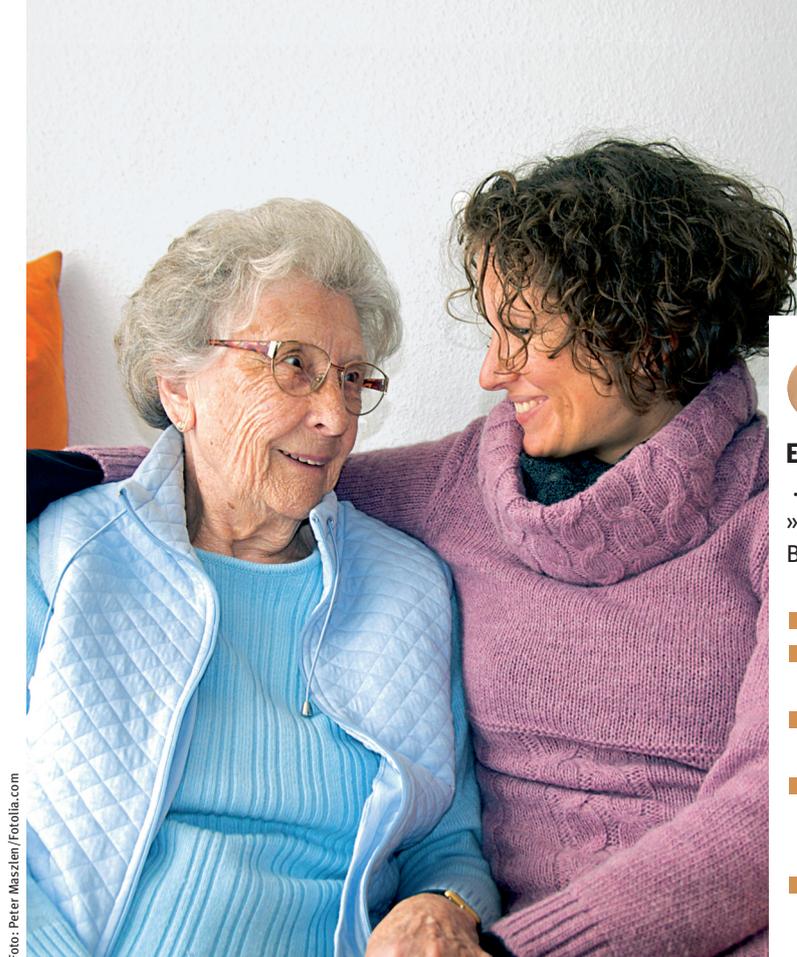


Foto: Peter Maszlen/Fotolia.com

Pflege zu Hause: Bei »erheblicher« Betreuung gibt es zusätzliches Geld.

Hilfe für Pflegende

FAMILIE UND BERUF

Bis zu 200 Euro im Monat als zusätzliche Betreuungsleistung kann von der Pflegeversicherung bekommen, wer einen Angehörigen mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf pflegt.

Beantragt werden kann diese Leistung für Betreuungsbedürftige der Pflegestufen I bis III. Auch Personen, die noch nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung in die Pflegestufe I erfüllen, deren Alltagskompetenz aber erheblich eingeschränkt ist, können Anspruch auf die Leistung haben.

Das Gesetz listet genau auf, für welche Pflegeangebote die Mittel eingesetzt werden können. Die Pflegenden erhalten aber das Geld nicht als Direktzahlung, sondern die Kasse rechnet mit den Leistungsträgern ab.

Gewährt wird die finanzielle Zusatzhilfe nur für Pflegefälle, die

ganz bestimmten, genau definierten Kriterien entsprechen (siehe Checkliste). So muss aufgrund von Altersverwirrtheit, geistiger Behinderung oder einer psychischen Erkrankung ein erheblicher allgemeiner Betreuungsaufwand erforderlich sein.

Gutachten vor Leistung. Ob ein Anspruch besteht, stellt der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) in einem Gutachten fest. Grundlage dafür ist ein 13 Punkte umfassender Fragekatalog, den der Gutachter bei der Begutachtung des Patienten abfragt. Wird eine erheblich ein-

geschränkte Alltagskompetenz festgestellt, gibt es den Grundbetrag von 100 Euro pro Monat. Ein erhöhter Betrag von 200 Euro kann bewilligt werden, wenn die Alltagskompetenz in erhöhtem Maße eingeschränkt ist.

Das Betreuungsgeld beantragen Betroffene bei der Pflegekasse oder es wird im Rahmen des Gutachtens zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit und Erteilung einer Pflegestufe gleich mit begutachtet. Es empfiehlt sich, vorab von einer qualifizierten Pflegeeinrichtung, etwa einem Pflegedienst, Informationen einzuholen. ■



CHECKLISTE

Einige Kriterien ...

... für die Feststellung, ob ein »erheblicher allgemeiner Betreuungsbedarf« vorliegt:

- Weglauftendenz
- Verkennen oder Verursachen gefährlicher Situationen
- tötlich oder verbal aggressives Verhalten
- Unfähigkeit zur Kooperation aufgrund einer Depression oder Angststörung
- Alltagsprobleme durch Beeinträchtigung des Gedächtnisses und herabgesetztes Urteilsvermögen
- Unfähigkeit, den Tagesablauf eigenständig zu planen
- ausgeprägt labiles und unkontrolliertes emotionales Verhalten
- Niedergeschlagenheit und Hoffnungslosigkeit aufgrund einer nicht therapierbaren Depression

Runter von der Bremse

DER ANDERE BLICK

Die EU-Länder, allen voran Deutschland und Frankreich, tun zu wenig, um den Euro zu stabilisieren und künftige Krisen zu verhindern. Der Politiker Udo Bullmann fordert, die Banken als Verursacher stärker an den Kosten von Finanzkrisen zu beteiligen und den Zockern unter ihnen das Handwerk zu erschweren.



Foto: panthermedia.net

Die Politik hat die Banken im Blick: Aber die neue Abgabe allein reicht nicht, wenn Banken sich wieder mal verzocken.

Da stehen wir heute: Die Staatsausgaben sind infolge der Finanzmarktkrise aus dem Ruder gelaufen. Und die EU-Mitgliedstaaten ringen darum, die Schulden in den Griff zu bekommen. Die Hauptlast dabei tragen die Arbeitnehmer. Sie mussten einspringen, um die Banken vor dem Kollaps zu bewahren. Sie sehen sich mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Sozialkürzungen konfrontiert. Und sie müssen für die Stabilität der Eurozone bürgen. Die eigentlichen Verursacher der Krise jedoch, die Spekulanten und Zocker an den Finanzmärkten, sind bisher weitgehend ungeschoren davongekommen.

Neue Steuer. Am 8. März hatte das Europäische Parlament die Möglichkeit, dies zu ändern und Farbe zu bekennen. Zur Abstimmung stand die Einführung einer europäischen Steuer auf Finanztransaktionen. Darunter fallen etwa Termingeschäfte, Aktienkäufe

und der Handel mit ausländischen Währungen. Experten empfehlen, für solch eine Spekulationssteuer einen Steuersatz von 0,05 Prozent anzusetzen.

Für normale Verbraucher fallen fünf Cent bei einer Anlage von 100 Euro nicht ins Gewicht. Spekulanten hingegen, die täglich Milliarden Euro um die Welt

schieben und nur auf schnelle Gewinne aus sind, würden richtig zur Kasse gebeten. Dies gilt insbesondere für den automatisierten Handel mit Wertpapieren, bei dem Computerprogramme Entscheidungen über Käufe oder Verkäufe von Wertpapieren in riesigem Umfang binnen Bruchteilen von Sekunden treffen.

Dabei sind dem Wahnsinn keine Grenzen gesetzt: Um zum Beispiel bei der Datenübertragung eine halbe Sekunde Zeit zu sparen, wurden die Finanzzentren Tokio und London durch Kabel miteinander verbunden. Kosten für die um eine halbe Sekunde schnellere Verbindung: 1,3 Milliarden Dollar. Wer solche Summen aufbringt, kann

WISSEN

Zockern das Handwerk legen statt Steuerzahler abzocken

Die Rettungsaktionen in der Finanzmarktkrise haben die Staatsfinanzen in eine Krise gestürzt. Aus Sicht der IG Metall ist dringend ein Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU erforderlich. Im Mittelpunkt muss dabei die Regulierung der Finanzmärkte stehen:

- Eine »Finanztransaktionssteuer«, also eine Steuer auf Devisengeschäfte, Handel mit Aktien, Anleihen, Wertpapieren und Derivaten, ist dringend nötig. Sie würde den kurzfristigen spekulativen Handel stark verteuern und damit unattraktiver machen. Sie ist auch ausschließlich auf EU-Ebene möglich und muss jetzt umgesetzt werden.
- Die deutsche Bankenabgabe ist ein erster Schritt, aber viel zu niedrig, als dass sie die Geldinstitute ernsthaft an den Risiken beteiligen würde.
- Finanzprodukte und Geschäfte, die nur der Spekulation dienen, und Hedgefonds, deren Zweck ausschließlich darin besteht, schnell Extremrenditen zu erzielen, müssen gesetzlich eingedämmt werden.
- Geschäftsbanken sollen sich darauf konzentrieren, Firmen und Haushalten Kredite zu geben.

auch eine Steuer in Höhe von ein paar Cent zahlen. Dieser Ansicht war auch das Europäische Parlament und hat sich für die Steuer ausgesprochen. In einer bis zum Schluss hart umkämpften Abstimmung hat das Parlament auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer mit 360 zu 299 Stimmen angenommen. Immerhin stimmten sogar gut ein Drittel meiner konservativen Kollegen diesem Antrag zu.

Noch wichtiger aber wird sein, was jetzt die konservativ regierten EU-Mitgliedstaaten machen, allen voran Angela Merkel und Nicolas Sarkozy. Denn: Eine europäische Finanztransaktionssteuer kann es erst dann geben, wenn die EU-Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten die Forderung aus dem Europaparlament aufnehmen. Lippenbekenntnissen aus Paris und Berlin müssen nun Taten folgen.

Bankenabgabe. In Deutschland wurde immerhin eine Bankenabgabe eingeführt. Aus den Einnahmen wird ein Rettungsfonds aufgebaut. Falls sich Banken künftig wieder verzocken sollten, soll das Geld zur Stützung der Banken aus diesem Fonds fließen. Aber: Die Abgabe reicht nicht aus. Die Einnahmen aus ihr belaufen sich auf jährlich 1,2 Milliarden Euro. Die Banken müssten über 100 Jahre lang einzahlen, bis allein die derzeitigen Bankenrettungskosten gedeckt wären.

Dass die Banken in Deutschland mit Samthandschuhen angefasst werden, passt leider ins Gesamtbild in unserem Land: Arbeitnehmer werden geschröpft, Vermögen geschont. Seit 2000 sind pro Kopf der deutschen Bevölkerung mehr als 2000 Euro Lohneinkommen in Richtung Vermögens-, Zins- und Arbeitgeberereinkommen geflossen. Wir brauchen eine echte Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise. Daneben benötigen wir klare Regeln für die Finanzwirtschaft: Finanzgeschäfte müssen (wieder) der Realwirtschaft dienen.

Außerdem müssen Europas Volkswirtschaften lernen, gemeinsam zu wachsen. Die Staats Haushalte konsolidieren – ja, aber mit Verstand und nicht auf Kosten der Arbeitnehmer. Zudem gilt es, die Schieflagen zwischen den Ländern der EU zu begradigen: Eine Wirtschaftspolitik, die – wie in Irland oder Griechenland – Konsum über den eigenen Verhältnissen fördert, ist genauso unakzeptabel wie ein Exportboom.

Die EU-Staaten aber drücken bei diesen Themen auf die Bremse. Statt Visionen zu entwickeln und anzupacken, verwalten sie immer nur den kleinsten gemein-

Zum Autor



Foto: Privat

Udo Bullmann, 54, SPD- und Verdi-Mitglied, im Europäischen Parlament in den Ausschüssen für »Wirtschaft und Währung« sowie »Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten«, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament.

samen Nenner. Politische und gesellschaftliche Schlüsselfragen gehen im Klein-Klein unter. Denn im Kern geht es darum, sinnvolle und qualifizierte Jobs zu schaffen, den gesellschaftlichen Reichtum gerecht zu verteilen und den ökologischen Wandel so zu beschleunigen, dass uns der umweltpolitische Supergau erspart bleibt. Dazu müssen wir ausufernde Profitinteressen zurückstutzen. ■

udo.bullmann@spd.de

Wer mehr zum Thema von Bullmann lesen möchte:

► www.udo-bullmann.de
→ Standpunkte

DAS STICHWORT

Silver Economy

Gut, dass es die Werbebranche gibt. Sie bringt auf den Punkt, was die – auf dem Arbeitsmarkt als Problemgruppe gebrandmarkten – älteren Menschen wirklich sind: »Best Ager« – Leute im besten Alter. Die Generationen von 50 an aufwärts bilden die Hoffnungsträger derer, die auf »Silver Economy« setzen, Silber(haar)-Ökonomie, also auf die Kaufkraft der älteren Generationen.

Aus gutem Grund: Männer und Frauen über 60 tätigen schon jetzt ein Drittel aller Konsumausgaben. Zusammen mit den 50- bis 60-Jährigen sorgen sie für fast die Hälfte der Inlandskonsumnachfrage. Und sie sind die einzige Bevölkerungsgruppe, die noch wächst. Auf ihre Wünsche wird sich die Wirtschaft immer mehr einstellen müssen. Untersuchungen zeigen: Mit dem Älterwerden der Bevölkerung steigen die Ausgaben für Gesundheitspflege, Freizeit, Unterhaltung, Kultur und Verkehr. Aber auch alles, was sonst noch angeboten wird, ist für ältere Konsumenten genauso interessant wie für Jüngere.

In den Entwicklungsabteilungen der Unternehmen ist es längst ein Thema, wie Produkte besser an die Bedürfnisse älterer Käufer angepasst werden können. Zum Beispiel werden Autositze höher gelegt, damit Ein- und Aussteigen leichter wird. Aber die Firmen reden nicht gern über seniorenfreundliche Innovationen. Denn um verkauft zu werden, brauchen Produkte ein jung-dynamisches Image. Auch bei Älteren.

Viele Rentner wundern sich allerdings, wenn sie in ihre Geldbeutel schauen, dass sie künftig die Stützen der Konjunktur sein sollen. Im Schnitt können Rentnerhaushalte im Osten heute monatlich etwa 1940 Euro ausgeben, im Westen 2330. Angesichts von Rentenkürzungen und Zunahme unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit werden künftig immer mehr Ältere arm sein. So gesehen, müsste die Wirtschaft eigentlich im ureigenen Interesse für auskömmliche Renten zu Felde ziehen. Es geht schließlich auch um ihre Zukunft. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Fakt: Unsicher macht krank

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Die Krankenkasse DAK hat erstmals ihre Daten speziell für die junge Generation analysiert: Die unter 29-Jährigen sind alarmierend oft krank. Depressionen, Rückenschmerzen und die sogenannten Anpassungsstörungen nehmen zu. Das sind Beschwerden, die durch belastende Lebenssituationen entstehen. Die Techniker Krankenkasse hat ähnliche Daten und vermutet, dass Berufseinsteiger zuviel Flexibilität und Qualifikationsdruck ausgesetzt sind sowie zu großer Unsicherheit durch Befristungen. DAK-Chef Rebscher schlägt Erstaunliches vor: Schon in der Schule müsse man den Kindern sagen, dass es normal ist, wenn der Job später unsicher ist. Ach so. ■





Foto: Wolfgang Zeyen

Betriebsrat Thomas Karnik (mit blauer Kappe) und drei der neuen IG Metall-Mitglieder: Sie haben Hoffnung auf einen Tarifvertrag.

Senkrecht gestartet

DA GEHT WAS Wenn die Metall-Tarife stiegen, hatten sie bei Halberg Guss in Leipzig immer das Nachsehen. Inzwischen beträgt der Abstand zum Flächentarif 20 Prozent. Sie hatten es satt und traten jetzt geschlossen in die IG Metall ein.

Hier ist es heiß und trocken, laut und staubig. Hier ist die Arbeit schwer. Hier ist die IG Metall. Jeder, den man trifft bei Halberg Guss in Leipzig, ist Mitglied. Darauf angesprochen, strahlen sie, nicken und heben den Daumen. »Sie haben wieder Hoffnung«, sagt Betriebsrat Thomas Karnik.

»Eine tolle Sache«, freut sich auch Olivier Höbel, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen. Zwar steige die Zahl der Mitglieder vor allem in den Betrieben seit 2008 stetig. »Aber Halberg Guss ist schon etwas Besonderes, das erleben wir nicht oft«, sagt er.

Am Anfang stand der Frust über dürre Lohnsteigerungen und über die Ohnmacht, das zu ändern.

»Schloss die IG Metall zum Beispiel mit 2,4 Prozent ab, bekamen wir 1,4. Es war ein Gnadentakt, aber es war legal, weil der Arbeitgeber nicht im Verband war«, erinnert sich der Betriebsratsvorsitzende Thomas Jürs. Sein Ärger: Laut Gesetz konnte er betrieblich keine bes-

seren Tarife aushandeln. Mit Markus Büchting vom Projekt »Zuwachsräume« bei der IG Metall Leipzig plante er eine Lösung aus einem Guss. Die Idee: Ist der Arbeitgeber tarifabstinent, werden die Beschäftigten eben Gewerkschafter. »70 Prozent Mitglieder wären

eine gute Quote«, sagte Büchting. »Wenn wir gehen, dann gehen wir alle in die IG Metall«, beschloss Jürs. Er machte sich auf den Weg durch die Hallen, argumentierte, redete, erklärte. Und überzeugte schließlich fast alle. Der Organisationsgrad stieg von vier auf 94 Prozent – ein klassischer Senkrechstart, ein kraftvoller Antritt von fast Null auf fast Hundert in nur einem Jahr.

Und jetzt? Zunächst steht der Neustart des Unternehmens mit einem holländischen Investor an. Dieser hat kein Problem mit einer gewerkschaftlich gut organisierten Belegschaft. »Wir haben von Anfang an mit offenen Karten gespielt«, sagt Thomas Karnik.

Jürs und Büchting haben eine Marke gesetzt, und das respektiert der neue Arbeitgeber ganz offensichtlich. Haustarifverhandlungen werden wohl nicht nötig sein. Nach Informationen der IG Metall Leipzig wird Halberg Guss Mitglied im Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie. Die Nachfrage nach Motorblöcken aus Leipzig ist groß, der Hof steht voll von Brummis, die große Bestellungen abholen wollen, die Auftragsbücher sind gut gefüllt. Da kann der neue Eigner keine Turbulenzen in der Gießerei gebrauchen. ■

Marlis.Dahne@igmetall.de

WISSEN

Bewegte Geschichte

Als die Metallgießerei am Stadtrand von Leipzig 1986 ihre Arbeit aufnahm, war sie eine der modernsten Europas. Die Leipziger waren stolz auf die Fabrik, die von japanischen Firmen gebaut worden war. In den 90-ern sank die Belegschaftsstärke von 1000 bis auf 120. Es ging wieder aufwärts, bis die jüngste Finanzkrise die Firma in den Abgrund riss. Ein holländischer Investor will im April mit den 550 Leuten aus der Insolvenz neu starten.

Wo die Viren wohnen

TIPP FÜR DEN JOB

Am Büro-Arbeitsplatz gibt es etwa 400mal mehr Bakterien als auf einer Klobrille. Ist das ein Grund, alles mal ordentlich zu desinfizieren?

Klingt voll eklig: Wissenschaftler haben auf Computer-Tastaturen über 3000 Krankheitserreger gefunden. Auch Telefonhörer und Schreibtischflächen scheinen gigantische Verammlungsorte für Keime zu sein. Bevor aber nun jeder zum Putzmittelschrank läuft, die weiteren Fakten:

Richtig ist, dass sich über Schreibtische, Telefone und Papier Keime übertragen können. Es ist aber nicht so, dass man 3000 verschiedene Krankheiten bekommen kann. Denn die meisten Keime sind Bakterien und Viren, die Erkältungen oder Durchfall auslösen. Und da es jeweils diverse Unterarten gibt,



kommt man auf die hohen Zahlen. Bewiesen ist auch, dass Essen am Arbeitsplatz die Erregerdichte und damit das Infektionsrisiko erhöht. Klar: Im Apfelstückchen, das in die Tiefe der Tastatur geplumpst ist, fühlen sich Bakterien besonders wohl. Und eine Studie hat gezeigt, dass das Einreiben der Hände am Arbeitsplatz (täglich mehrmals) mit medizinischem Desinfektionsmittel zu weniger Schnupfen führt.

Hygiene in Maßen. Die ganz normalen Hygienemaßnahmen reichen, um sich zu schützen: Hände waschen nach dem WC und vor dem Essen. Die Tastatur krümfrei halten. Ab und zu Schreibtisch und Geräte putzen. Desinfizierende Mittel sind dann empfehlenswert, wenn Schreibtische von verschiedenen Kollegen genutzt werden. ■

Ilka.Grobe@igmetall.de

WISSEN

Viren leben lange

Viren und Bakterien überleben unterschiedlich lange. Auf den Fingern zum Beispiel einige Stunden. Am hartnäckigsten sind die gastrointestinalen Viren (Durchfallerzeuger): Sie überleben zwei Monate auf der Schreibtischplatte.

Anzeige

Betriebliche Altersvorsorge
Gemeinsam
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

Berufsunfähigkeitsvorsorge
besser
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

Zukunft. Aber sicher.
vorsorgen.
MetallRente
Eine gemeinsame Einrichtung von Gesamtmetall und IG Metall

IN KÜRZE

Organizing-Strategien

Unternehmen über Organizing zu erschließen, wird immer wichtiger. Das Buch von Organizing-Pionier Saul Alinsky (1909 – 1972) »Call me a radical« hält, was der Titel verspricht. Die Machtlosen sollen lernen, sich gegen die Herrschenden zur Wehr zu setzen. Was krass klingt, meint Beteiligung. In Gesellschaft und Unternehmen. Das Buch zeigt, wie es geht. Mit Unterstützung der IG Metall wurde es neu aufgelegt:

► www.alinsky-rulez.com

Ratgeber Bildungsurlaub

Egal ob Computer-Workshop oder Sprachkurs in der Toskana: Wer auch privat etwas für seine Karriere tun möchte, bekommt in der Regel keine Steine in den Weg gelegt. Seit 1976 gibt es bezahlten Sonderurlaub fürs Lernen – die meisten Arbeitnehmer wissen nur leider nichts davon. Der Online-Ratgeber »Bildungsurlaub« gibt Tipps für einen reibungslosen Ablauf der bezahlten Lernzeit:

► www.igmetall.de
→ Online-Ratgeber

Bewegende Bilder

Das Internetportal labournet.tv bietet seit wenigen Wochen Filme über Arbeitsbedingungen und Auseinandersetzungen in aller Welt. Labournet.tv ist die junge Schwester der Internetseite labournet.de. Ein Netzwerk, das die internationale Gewerkschaftslinken seit den 90er Jahren betreibt. Clips, die von Beschäftigten gedreht wurden, aber auch Spielfilme und aktuelle Berichte gibt es unter:

► <http://de.labournet.tv>

Im Auftrag der

Im Einsatz für Kranke und Rentner:

Heinz Cholewa, alternierender Vorstandsvorsitzender der Deutschen Rentenversicherung Westfalen, schaut genau hin, wenn Kranke Hilfe brauchen. Bei Ausstattung der Reha-Einrichtungen entscheidet er mit.



» Keine Reha nach Kassenlage. «

Foto: Thomas Range

Versicherten

SOZIALWAHLEN

Das wird schon seine Richtigkeit haben, denken Versicherte, wenn sie einen Brief von ihrer Krankenkasse bekommen. Mitnichten. Um Kosten zu sparen forderten Gesetzliche Krankenkassen Langzeitkranke auf, einen Rentenantrag zu stellen und drohten, die Krankengeldzahlung einzustellen. Metalller in den Verwaltungsräten der Gesetzlichen Krankenkassen entdeckten diese Praxis und stellten sie ab. Aber auch bei den Unfallkassen, den Renten- und Pflegeversicherungen schauen Gewerkschafter kritisch hin, wenn es um die Interessen der Versicherten geht. Im April und Mai werden die Selbstverwalter gewählt.

VON FABIANNE MELZER

Es war zum Verrücktwerden. Für die Rente war Manfred Welge zu jung, seiner Krankenkasse war er zu gesund und der Arbeitsagentur zu krank. Wo immer der gelernte Schlosser hinkam, hieß es: »Nicht zuständig.« Welge kann es bis heute nicht fassen: »Da hat man 45 Jahre gearbeitet. Doch wenn man Hilfe braucht, wird man nur hin- und hergeschoben.«

Ende 2008 war Welge krank geworden. Kaputte Knie, kaputte Schultern, Depressionen. Er bekam Krankengeld, und drei Monate später begann seine verrückte Reise durch das Sozialsystem. Seine Krankenkasse bombardierte ihn mit Briefen. Darin forderte sie ihn unter anderem auf, einen Rentenantrag zu stellen. Ein anderer Tipp lautete: »Gehen sie zur Arbeitsagentur.« Dort kam er nicht weit: zu krank. Wieder ging er zur Krankenkasse, die ihn zum Job-Center schickte. Er stellte einen Antrag auf Hartz IV, pochte weiter auf Krankengeld und legte mithilfe der IG Metall Widerspruch ein. Mehrere Monate saß er ohne Geld zu Hause. Als er Hartz IV bekam, war auch sein Widerspruch erfolgreich. Die Geschichte klingt so sonderlich wie die der galli-

schen Helden Asterix und Obelix in dem Film »Asterix erobert Rom«. Um den Passierschein 38 zu bekommen, müssen sie in der Präfektur Formulare für Formulare besorgen. Die Präfektur wird das Haus, das Verrückte macht, genannt. Soweit wollte Manfred Welge es nicht kommen lassen. Er hatte Glück. Mit einer 50prozentigen Schwerbehinderung und 62 Jahren konnte er schließlich in Rente gehen. »Ich musste zwar kleine Abschläge hinnehmen, aber das ist besser als dieses Behördenrennen. Da endet man sonst als Alkoholiker oder springt aus dem Fenster.«

Welge war in einen Verschiebebahnhof geraten. Seit Jahren gräbt die Politik dem Gesundheitssystem finanziell das Wasser ab. Mit ihrem letzten Streich froh die Bundesregierung die Beitragssätze der Arbeitgeber zur Krankenversicherung ein. Kommt eine Kasse mit ihrem Geld nicht aus, kann sie nur die Versicherten zur Kasse bitten. Oder sie spart bei den Ausgaben – manchmal mit unlauteren Mitteln wie im Fall von Manfred Welge und anderen.

Unlautere Mittel. Aus einem Aktenordner zieht Herbert Schneider einige Blätter heraus. »Hier«, sagt der Verwaltungsratsvorsitzende der AOK Hessen, »die Aufforderung an eine Krankengeldbezieherin, ihre Stelle zu kündigen und Arbeitslosengeld zu beantragen.« In einem anderen Schreiben sollte ein Langzeitkranke einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente stellen. Schneider stellt nüchtern fest: »Das ist rechtswidrig.« Der Metalller vertritt im Verwaltungsrat der AOK Hessen die Versicherten. Als er erfuhr, dass seine Kasse Kranke aus dem Krankengeld in die Rente abschieben wollte, beendete er diese Praxis. Ähnliche Rechtsverstöße gibt es auch bei anderen Kassen. Auch hier gehen Gewerkschafter dagegen vor.

Wirtschaftlich kann Stefan Greß, Gesundheitsökonom an der Hochschule Fulda, das Verhalten der Krankenkassen nachvollziehen. »Das ist das erste, was Unternehmensberater einer Kasse raten: ›Zahlt nur, was ihr müsst. Am besten weniger.« Seit

Fortsetzung auf Seite 20 >>>

Ihre Arbeitsfähigkeit – weite Vorgehen
KV-Nr.: [REDACTED]

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

es liegt uns sehr am Herzen, Sie umfassend zu informieren und zu beraten. Inwiefern liegt uns das Ergebnis der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkasse vor.

Der beste Arzt empfiehlt für Sie – aufgrund Ihres Gesundheitszustandes – die Rentenvergabe.

Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, für Sie einen nahtlosen Übergang von der Krankengeldzahlung zum Rentenzugang sicherzustellen. Deshalb bitten wir Sie, sich mit Ihrer Gemeindeverwaltung in Verbindung zu setzen und dort Ihre gesamten Versicherungsunterlagen vorzulegen. Die beigefügte Erklärung lassen Sie bitte bestätigen und senden diese bis 26.6.2009 zurück. Sollten Sie bis zu diesem Termin keinen Erwerbsminderungsrentenantrag gestellt haben, wird das Krankengeld ab dem 27.06.2009 eingestellt.

Sie beachten Sie das für Dispositionen mit Schreiben vom 07.11.2008 eingeschickt wurde. Vielen Dank!

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
[REDACTED]

Es sollte unser gemeinsames Ziel sein, für Sie einen nahtlosen Übergang von der Krankengeldzahlung zum Rentenzugang sicherzustellen. Deshalb bitten wir Sie, sich mit Ihrer Gemeindeverwaltung ... in Verbindung zu setzen und dort Ihre gesamten Versicherungsunterlagen vorzulegen. Die beigefügte Erklärung lassen Sie bitte bestätigen und senden diese bis 26.6.2009 zurück. Sollten Sie bis zu diesem Termin keinen Erwerbsminderungsrentenantrag gestellt haben, wird das Krankengeld ab dem 27.06.2009 eingestellt.

Krankenkassen dürfen Langzeitkranke nicht auffordern, einen Rentenantrag zu stellen. Manche taten es trotzdem, wie das Schreiben zeigt.



►► Fortsetzung von Seite 19

Anfang des Jahres sind die Zusatzbeiträge, die einzige Stellschraube, an der die gesetzlichen Krankenkassen finanziell drehen können. Doch dann, fürchten sie, laufen ihnen die gesunden Gutverdiener in Scharen davon. »Die Krankenkassen spielen zurzeit Zusatzbeitragsmikado. Wer zuerst erhebt, hat verloren«, sagt Greß. Also, erst einmal Kranke verschieben, selbst wenn es nicht erlaubt ist.

Mit dem Gesetz in der Hand lässt sich der Verschiebehof noch gut stoppen. Viele Entscheidungen bewegen sich aber in einer Grauzone. Beispiel Asbest. Mit dem giftigen Stoff arbeiteten jahrelang Menschen auf den Werften im Norden. Doch wer heute an Lungenkrebs erkrankt, muss erst nachweisen, dass es von der Arbeit kommt. Raucher haben also schlechte Karten.

Ein Riesenunterschied. Für solche Grenzfälle setzt sich Sönke Bock, Vorstandsvorsitzender der Berufsgenossenschaft (BG) Holz und Metall, seit vielen Jahren ein. Denn es kann entscheidend sein, ob ein Mensch von der Berufsgenossenschaft oder der Krankenkasse versorgt wird. Die BG zahlt das medizinisch Mögliche, die Krankenkasse das medizinisch Notwendige. Der Unterschied ist riesig. Wer sich in der Freizeit einen Finger abschneidet, wird nicht verbluten. Wer ihn sich bei der Arbeit abschneidet, bekommt ihn wieder angenäht.

Die Berufsgenossenschaft ist die einzige Sozialversicherung, die nur aus Arbeitgeberbeiträgen finanziert wird. »Damit ihre Beiträge nicht steigen, wollen sie möglichst viele Fälle ablehnen«, sagt Bock. Deshalb werde alles dafür getan, damit eine Erkrankung nicht als berufsbedingt anerkannt wird. Wo Bock im System an Grenzen stößt, versucht er es über die Politik. Unterstützung fand er jetzt bei der Bremer Bürgerschaft. Sie will über den Bundesrat eine Initiative starten, um die Beweislast bei Asbest umzukehren. Kommt sie durch, müssten Berufsgenossenschaften nachweisen, dass eine Erkrankung nicht von der Arbeit kommt.

Mit der Abwehrhaltung schneide sich der einzelne Arbeitgeber ohnehin oft selbst ins Fleisch, denkt Bock. Etwa bei dem Mann, der während der Arbeit aufs Knie stürzte. Zunächst ein klarer Fall. Die BG bezahlte die Behandlung und schickte ihn in die Reha. Doch dann zeigte das Gutachten, dass das Knie vorgeschädigt war. Ab zur Krankenkasse hieß es bei der BG. Der Mann



So nicht: Metaller Herbert Schneider stoppte als Selbstverwalter bei seiner Krankenkasse die Verschiebung von Langzeitkranken in die Rente.

musste die Reha abbrechen. Er sitzt zu Hause, kommt nicht wieder auf die Beine und seinem Arbeitgeber fehlt eine Arbeitskraft. »Diesem Chef wäre es vermutlich lieber, die BG hätte einfach gezahlt«, sagt Bock.

Nullsummenspiel. Für Gesundheitsökonom Greß liegt der Fehler im abgeschotteten System der Sozialversicherungen. »Solange jede Versicherung für sich besteht, denkt jede zuerst an sich.« Deshalb bestehe immer die Gefahr, dass bei Entscheidungen nicht der Patient zählt, sondern die eigenen Quartalszahlen. »Im besten Fall ist das für die Versicherten ein Nullsummenspiel, weil die Behandlung einfach nur aus einer anderen Tasche bezahlt wird«, sagt Greß. Im schlimmsten Fall werden Menschen zu schnell durchs System geschleust, zu spät oder gar nicht behandelt.

Welche Folgen das haben kann, sieht Heinz Cholewa seit einigen Jahren bei den Rehabilitationspatienten. Seit die Kranken-

häuser von den Kassen für jeden »Fall« nur noch eine Pauschale bekommen, schleusen sie die Patienten immer schneller durch die Behandlung. Viele landen viel zu früh in der Reha, stellt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Rentenversicherung Westfalen fest. »Blutige Verlegung«, nennt er solche Fälle. Was als Kostensenkung bei den Krankenkassen begann, müssen am Ende die Kranken ausbaden. »Viele sind für die Reha zu schwach. Entsprechend sinkt der Erfolg der Behandlung.«

Kranke müssen auch immer länger auf einen Platz warten – im Schnitt zehn Wochen. Auch hier setzt sich Cholewa für die Versicherten ein: »Die Genehmigung darf nicht von der Kassenlage abhängen. Wer eine Reha braucht, muss auch eine bekommen.«

Um den Verschiebebahnhof zu beenden, müssten die Systeme stärker zusammenarbeiten, sagen Experten wie der Gesundheitsökonom Greß. »Die Selbstverwalter spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie können solche Fälle

kritisch hinterfragen.« Einen Versuch unternimmt Metaller Sönke Bock. Zumindest in seiner Region will er die Versichertenvertreter aller Kassen regelmäßig an einen Tisch holen.

Zurück in den Beruf. Bei der AOK in Hessen hat Selbstverwalter Schneider nicht nur die Verschiebung der Langzeitkranken gestoppt. Dort arbeitet die Kasse jetzt mit dem Berufsbildungswerk zusammen, um Menschen wieder zurück in ihren Beruf zu helfen. Anstelle eines Rentenanspruchs bekommen sie einen umgebauten Arbeitsplatz oder eine Umschulung.

Übrigens: Im Film schlug der Held Asterix die römischen Beamten mit ihren eigenen Waffen. Er erfand ein neues Formular und trieb sie damit in den Wahnsinn. Im richtigen Leben gibt es keine unbesiegbaren Gallier, aber streitbare Metallerinnen und Metaller in der Selbstverwaltung. ■

SOZIALWAHL 2011

Versicherte sollten wählerisch sein

Alle sechs Jahre können die Versicherten der Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung ihre Vertreter für die Selbstverwaltung wählen. In diesem Jahr ist es wieder soweit. Im April kommen die Wahlunterlagen. Bis zum 1. Juni können etwa 40 Millionen Wahlberechtigte per Post abstimmen.

Metaller wählen Metaller

Die IG Metall tritt bei folgenden Versicherungsträgern mit eigenen Listen an. Auf ihnen kandidieren erfahrene Metallerinnen und Metaller:

→ **Rentenversicherung Bund, IG Metall-Liste 8, Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied**

→ **Barmer GEK, IG Metall-Liste 4, Kandidatin der IG Metall, Annette Ahlfeld, Betriebsrätin bei Ball Packing Europe, Braunschweig**

→ **Techniker Krankenkasse, IG Metall-Liste 5, Detlef Decho von Airbus in Bremen**

→ **BG Holz und Metall (Wahlen erst im Herbst)**

Bei der KKH Allianz kandidieren Metallerinnen und Metaller auf der Liste des DGB. Im Unterschied zu anderen Kandidaten haben Gewerkschafter große Vorteile: Sie kennen die Arbeitsbedingungen der Versicherten und können Probleme gut nachvollziehen. Als Gewerkschafter haben sie Erfahrung darin, für die Interessen der Mitglieder zu streiten. Sie sind keine »Abnicker«. Hinter ihnen steht eine millionenstarke Gemeinschaft, die politisch etwas bewegen kann und sich zum Beispiel für die Bürgerversicherung einsetzt.

Was macht ein Selbstverwalter?

Auf ihren Schultern ruht viel Verantwortung. 502 Milliarden gaben die Sozialversicherungen 2009 aus. Selbstverwalter ach-

ten darauf, dass mit dem Geld der Versicherten gut umgegangen wird. Sie entscheiden über den Haushalt und setzen sich für die Versorgung von Kranken und Rentnern ein. Hier kümmern sich Selbstverwalter um Widersprüche der Versicherten, verbessern den Arbeits- und Gesundheitsschutz, helfen bei Rentenansprüchen, sorgen für Reha-Maßnahmen und neue Modelle der Gesundheitsversorgung. Sie beraten auch persönlich.

Friedens- und Urwahl

Nicht bei allen Kassen werden die Selbstverwalter direkt gewählt. Wenn keine konkurrierenden Listen antreten, einigen sich die Beteiligten auf die Verteilung der Mandate. Sie gelten mit Ablauf des Wahltages als

gewählt. Diese Wahlen werden Friedenswahlen genannt. Auch bei diesen Kassen sind Metallerinnen und Metaller in den Selbstverwaltungen vertreten. Die IG Metall beziehungsweise der DGB erstellt die Listen. Nur bei den Urwahlen können die Versicherten abstimmen. Diese finden in diesem Jahr bei Deutsche Rentenversicherung Bund und bei fast allen Ersatzkassen statt. Auf der Arbeitgeberseite gibt es übrigens nur Friedenswahlen.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall und Infos zur Sozialwahl im Internet:

www.igmetall.de/sozialwahl-2011



Mitbestimmen!

Wer zahlt beim Wegeunfall?

DER RECHTSFALL

Kommt es auf direktem Wege zur Arbeit zum Unfall, hat ein Arbeitnehmer Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft, unabhängig davon, wer Schuld am Unfall hat. Doch wer zahlt die Schäden am Auto oder das Schmerzensgeld?

Bei einem Unfall auf dem Arbeitsweg übernimmt die Berufsgenossenschaft (BG) die Kosten für die Behandlung und die anschließende Rehabilitation. Bei bleibenden Gesundheitsschäden muss sie Versicherten sogar eine Rente zahlen. Viele Fälle von verunglückten Beschäftigten landen auch vor Gericht. Etwa weil die Berufsgenossenschaft die Verletzungen des Unfallopfers nicht ausreichend anerkennt.

Drückeberger. Auch die beteiligten Versicherungen der Fahrzeughalter streiten oft über die Höhe des Schmerzensgeldes oder die Regulierung des Sachschadens. Nicht selten bleiben Geschädigte auf einem Teil der Kosten sitzen, obwohl unschuldige Unfallopfer Anspruch auf vollen Schadensersatz haben.



Foto: panthermedia.net

Für Schäden am Auto kommt die Kfz-Versicherung des Unfallverursachers auf.

»Arbeitnehmer brauchen einen langen Atem, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen«, weiß Sabine Blume von der Gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtung der DGB-Gewerkschaften GUV/FAKULTA. Blume informiert Metaller, die gleichzeitig Mitglied der GUV/FAKULTA sind, sofern diese nach einem Wegeunfall zivilrechtlich ihre Ansprüche auf Schmerzensgeld oder Schadensersatz durchsetzen müssen. Oft kämpfen sie Jahre lang um ihr Geld. Blume empfiehlt nach einem Wegeunfall auch immer sofort die IG Metall-Verwaltungsstelle zu informieren. »Die Kollegen vor Ort helfen weiter und vermitteln gegebenenfalls den Kontakt zu uns.« ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



WISSEN

Keine Praxisgebühr

Wer beim Wegeunfall verletzt wird, muss zum Durchgangsarzt – in der Regel Fachärzte der Chirurgie oder Orthopädie. Zehn Euro Praxisgebühr muss man nicht zahlen.

ZU BESUCH BEI CHRISTOPHER DÖRRER UND TOBIAS KÜHFUSS

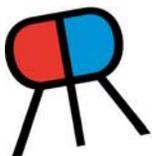
Zwei junge Mechatronik-Azubis von Bosch in Stuttgart-Feuerbach haben bei »Jugend forscht« gewonnen. Sie entwickelten ein Messgerät zum Bestimmen von Schraubgewinden – normalerweise eine zeitraubende Handarbeit.

Wer kennt das nicht? Die Suche nach einer fehlenden Schraube oder der passenden Mutter. Es gibt zig Schraubgewindearten: Rohrgewinde, Trapezgewinde, ISO-metrisch, UNC, Whitworth und und und, in allen Größen. Normalerweise muss das Gewinde der Musterschraube per Hand mit einer sogenannten Gewindelehre ausgemessen werden. Dauert ewig.

»Muss das wirklich sein?«, dachten sich Christopher Dörner, heute 19 Jahre, und Tobias Kühfuß, 20, beide Mechatronik-Azubis bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach. »Wir haben eine Kontermutter für eine Zange gesucht. Die hatten wir nicht im Sortiment, das war eine britische Schraube«, erzählt Christopher. »Da haben wir uns gefragt: Warum gibt es dafür eigentlich kein Gerät?«

Sie tüftelten und programmierten. Heraus kam das »Optische Gewinde-Erkennungssystem« (OGES): ein kleiner Kasten mit zwei Minikameras, der per USB-Kabel mit einem Laptop verbunden ist. Schraube rein, »Start« drücken – und schon spuckt der PC Maße, Gewindetyp und Bestelldaten aus. Christoph und Tobias traten mit

Große Dramen und bekannte Schauspielernamen



RUHRFESTSPIELE RECKLINGHAUSEN

Im 65. Jahr der Ruhrfestspiele steht der große deutsche Dichter Friedrich Schiller im Zentrum der Spielzeit.

»In die Zeit gefallen: Schiller« lautet das Motto der diesjährigen Ruhrfestspiele vom 1. Mai bis 12. Juni. Zu sehen sind bekannte Dramen des Dichters wie »Die Räuber«, »Kabale und Liebe« oder eine Neuinszenierung von »Maria Stuart«. Auch große Schauspielernamen sind wieder dabei: Etwa Hollywoodstar John Malkovich als Casanova, Dominique Horowitz in »Cyrano de Bergerac« und Martin Brambach in »Die Demonstration«.

Das ganze Programm gibt es unter www.ruhrfestspiele.de. metallzeitung verlost dreimal zwei Karten für das Stück »Cyrano de Bergerac« am 4. Juni. Die Preisfrage: Wie lautete der Vorname von Casanova? Antwort bis 15. April an metallzeitung@igmetall.de, Stichwort »Ruhrfestspiele«, senden. ■



Foto: PR / Sibylle Ostermann

Schiller, ein Klassiker der deutschen Literatur, steht in diesem Jahr an der Ruhr im Mittelpunkt.

Tüftler von Bosch

dem OGES bei »Jugend Forscht« an, gewannen den Landeswettbewerb in Baden-Württemberg und dann auch den Bundeswettbewerb in der Kategorie »Arbeitswelt«. Zur monatelangen Tüftelei kamen etliche Pressetermine und Präsentationen. Viel Zeit.

»Das meiste haben wir in unserer Ausbildungszeit gemacht«, erklärt Tobias. »Unsere Mitazubis haben uns beim Drehen, Biegen und Fräsen geholfen. Unser Ausbilder hat uns da voll unterstützt. Denn schließlich ist das OGES ein ideales mechatronisches Projekt.«

Alles fing mit Lego an. Schon seit ihrer Kindheit sind Christoph und Tobias technikbegeistert. Beide haben Lego-Modelle gebastelt, Maschinen mit Motoren, Zahnrädern und Sensoren, schon über PC programmiert. Und auch ihre OGES-Versuchsmodelle waren aus Lego – und im Grunde schon funktionstüchtig.

Für ihr Projekt haben die beiden Metaller viel recherchiert, waren auf Messen und haben sich bei anderen Betrieben informiert um die richtige Lösung herauszufinden: mechanisches Abtasten, Endoskopie und sogar Ultraschall waren anfangs noch im Rennen, bis sich die optische Methode mit Minikameras durchsetzte. Und dann ging es ans Herumprobieren: Licht, Schärfe, Reflexion. Der neueste, dritte Prototyp arbeitet mittlerweile seit Wochen absolut fehlerfrei.

Azubis als Ingenieure. »Für unser Projekt haben uns im Grunde schon unsere Kenntnisse aus unserer Mechatroniker-Ausbildung gereicht«, betont Tobias. Nur bei der Programmierung mussten sie sich spezielles Wissen aneignen. Dabei hat ihnen ein Ex-Azubikollege geholfen, der sich derzeit gerade zum Techniker weiterbildet.



Christopher Dörrer und Tobias Kühfuß mit ihrem Gewindeerkennungssystem.

Auch Christopher und Tobias wollen weitermachen: Sie holen gerade am Berufskolleg in Teilzeit ihre Fachhochschulreife nach. Und dann wollen sie studieren. Ihr Arbeitgeber hilft ihnen dabei: Bosch hat seit etwa zwei Jahren eine Kooperation mit der Hochschule Esslingen. Die Studierenden bleiben bei Bosch, erhalten weiter Geld und arbeiten in den Semesterferien im Betrieb. Zudem hat der Betriebsrat gerade ein durchgesetzt: Bosch bildet systematisch Facharbeiter zu Ingenieuren weiter.

»Die meisten Azubis bei uns wollen sich weiterbilden und studieren – und können das auch«, findet Christopher. »Ich bin sogar der Meinung, dass wir durch unsere Berufspraxis Vorteile gegenüber denen haben, die direkt vom Gymnasium kommen.«

Christopher und Tobias wissen, dass sie das schaffen. Durch ihr OGES-Projekt haben sie Selbstvertrauen getankt. »Mittlerweile ist unser Meister bei Präsentationen nervöser als wir. Wir selbst sind eigentlich gar nicht mehr aufgeregt«, erzählt Tobias. »Letztens waren wir auch bei unserem Geschäftsführer. Wir sind halt hingegangen, haben die Powerpoint-Präsentation angeworfen und einfach losgelegt.« ■

Dirk.Erb@igmetall.de



MACH MIT

Das »OGES« im Netz

Mehr Hintergründe, Bilder und Presseechos:

www.oges.de

Noch mehr Gewinner

Den Bundessieg für die originellste Arbeit bei »Jugend forscht« 2010 holten drei Azubis des Maschinenbauers Sick. Sie erfanden eine Wicklungsmaschine für Feuerwehrrettungsleinen.

Foto: Thomas Bernhardt

Erst das Geld haben, dann Pläne machen

WAS MICH BESCHÄFTIGT

Nachdem das Bundesarbeitsgericht der CGZP die Tariffähigkeit abgesprochen hat, können Leiharbeiter Geld nachfordern. So wie Andreas Micheel.

Wie hast Du erfahren, dass Du als Leiharbeiter vermutlich zu wenig verdient hast?

Andreas Micheel: Ich habe zufällig von dem Urteil gehört. Als da von Tarifverträgen der christlichen Gewerkschaften die Rede war, klingelte es bei mir. Ich habe meine alten Unterlagen rausgesucht. Es war alles noch da. Arbeitsvertrag, Abrechnungen, Stundenscheine, Tarifvertrag.

Was hast Du damit gemacht?

Micheel: Vor 14 Tagen habe ich alles bei der IG Metall abgeliefert. Wir werden nun meinen ehemaligen Verleiher verklagen, mir die Differenz zwischen meinem Lohn und dem der Festangestellten nachzuzahlen.

Wieviel hast Du pro Stunde verdient, und was bekamen Deine Kollegen?

Micheel: Als gelernter MSR-Techniker, das ist heute der Mechatroniker, habe ich 9,80 Euro pro Stunde bekommen. Das war für einen Leiharbeiter schon ganz ordentlich. Im Vergleich zu meinen Kollegen bei Siemens allerdings nicht. Sie bekamen 23 Euro pro Stunde. Das hätte mir auch zugestanden.

Mit wieviel Geld rechnest Du, wenn Du Recht bekommst?

Micheel: Es könnten so um die 20 000 Euro sein.

Wie lange hast Du weniger verdient, als Dir zustand?

Micheel: Fast 18 Monate. Zuerst war ich bei Siemens am Bodensee. Anfangs hieß es immer, sie würden uns übernehmen. Daraus wurde aber nix. Dann kam ich nach Reutlingen und zuletzt nach Wüstenroth. Die Festangestellten haben immer deutlich mehr verdient. Mal 23 Euro, mal 18,50 Euro. Am Anfang hat mir das nicht soviel ausgemacht. Schließlich war ich lange raus aus meinem Beruf und froh wieder zu arbeiten. Aber irgendwann hat es mir doch gestunken.

Was machst Du mit dem Geld, wenn Du es bekommst?

Micheel (lacht): Das weiß ich noch nicht. Erst einmal muss ich es haben, dann denke ich darüber nach, was ich damit mache. Ich habe immer wieder Angst, dass noch irgendwas dazwischen kommt. Das kennt man ja: Man hat zwar Recht, aber das Geld kriegt man trotzdem nicht. ■

Fabienne.Melzer@igmetall.de

Mehr zu der Entscheidung siehe Seite 7 in dieser Ausgabe.



Andreas Micheel ist einer von vielen Leiharbeitern, die jetzt Geld nachfordern können.

Foto: Privat



Mit AVWL mehr Geld in der Tasche

GUTER RAT

Wer fürs Alter vorsorgen will, weiß oft nicht, welche Wege möglich sind. Bei der Telefonaktion der metallzeitung im Februar gab es viele Fragen zu beantworten.

Es hat sich herumgesprochen: Wer in jungen Jahren fürs Alter vorsorgt, profitiert schon heute davon. Nicht nur, weil der Staat die zusätzliche Vorsorge fördert, sondern auch weil man Steuern spart. Vom Chef gib's was dazu – Geld, das man nicht verschenken sollte.

Bei der Telefonaktion der metallzeitung am 5. Februar standen die Leitungen nicht still. Die Experten konnten viele Fragen unserer Leserinnen und Leser klären. Die wichtigsten Antworten haben wir zusammengefasst.

Können Azubis auch betrieblich fürs Alter vorsorgen?

Ja. Für alle Arbeitnehmer in der Metallindustrie gilt der sogenannte Tarifvertrag Entgeltumwandlung. Danach haben Beschäftigte – also auch Azubis – das Recht, einen Teil ihres Einkommens in eine betriebliche Altersversorgung zu investieren.

Stimmt es, dass der Chef einen bestimmten Betrag dazu gibt?

Azubis erhalten 159,48 Euro im Jahr vom Chef, Vollzeitbeschäftigte...



Barbara Naudit, Fachwältin aus Berlin und Antonius Engberding, Tarifexperte beim IG Metall-Vorstand, standen unseren Anrufern Rede und Antwort.

Fotos: Frank Rumpfenhorst

tigte 319,08 Euro. Anspruch haben alle, die mindestens sechs Monate im Betrieb tätig sind. Möglich macht das der sogenannte Tarifvertrag über die altersvorsorgewirksamen Leistungen (AVWL). Diese vom Arbeitgeber gezahlten Beiträge sind ausschließlich zum Aufbau einer zusätzlichen Altersversorgung gedacht, sodass eine Barauszahlung nicht möglich ist.

Welche Sparwege sind mit der AVWL möglich?

■ **Riester-Vertrag:** Der Chef zahlt die Beiträge in einen vom Arbeitnehmer privat abgeschlossenen Riester-Sparvertrag. Man kann die Zahlung freiwillig erhöhen, um die maximale staatliche Förderung zu erhalten. Der Clou: Wer vor seinem 25. Geburtstag einen Riester-Vertrag abschließt, dem zahlt der Staat einmalig den sogenannten Berufsanfänger-Bonus von 200 Euro.

■ **Die Entgeltumwandlung:** Hierfür wandeln Beschäftigte einen Teil ihres Gehalts in eine betriebliche Versorgung um. Pro Jahr kann man bis zu vier Prozent der Beitragsbemessungsgrenze steuerfrei (2011: 2640 Euro) in eine betriebliche Zusatzrente inves-

WISSEN

Wichtig für Rentner

- **Ruheständler müssen auf Betriebsrenten den vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen.** Das gilt auch für Bezüge aus einer Direktversicherung, in die zwar nur eigene Geldmittel geflossen sind, die Abwicklung aber betrieblich erfolgt ist.
- **Keine weiteren Kassenbeiträge im Alter muss zahlen, wer eine zunächst als betriebliche Altersversorgung geführte Direktversicherung privat weiterfinanziert hat und zudem den Vorsorgevertrag des Anbieters auf sich übertragen lässt.**



tieren. Auf diese Beiträge entfallen keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

■ **Betriebliche Regelungen über die AVWL auf Basis einer freiwilligen Betriebsvereinbarung.**

Bleibt der Anspruch auf Betriebsrente bei einem Arbeitgeberwechsel erhalten?

Beiträge, die ein Beschäftigter per Entgeltumwandlung selbst in die Betriebsrente investiert hat, bleiben ihm. Bietet der neue Arbeitgeber Metall-Rente an oder plant, diese auch anzubieten, kann man den alten Vertrag weiterführen.

Beschäftigte können einen Vertrag auch beitragsfrei stellen – also nichts mehr einzahlen – oder selbst weiterfinanzieren. Eine Stornierung und Auszahlung lohnt sich meist nicht.

Und bei Arbeitslosigkeit?

Erwerbslose können den Vertrag beitragsfrei stellen oder mit eigenen Mitteln fortführen. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de

Förderrechner und Infos zum Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall finden sich unter:

► www.metallrente.de

IN KÜRZE

Lohnsteuer-ABC

Alle Jahre wieder grüßt die Steuererklärung. Welche Kosten können als Arbeitsmittel abgesetzt werden? Wie war das noch mal mit der Übungsleiterpauschale? Von Altersentlastungsbetrag bis Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit: Das neue »ABC der Lohnsteuer-Grundbegriffe« gibt nützliche Tipps und Hilfen zum Ausfüllen der Lohn- und Einkommensteuererklärung 2010. Der kostenlose DGB-Ratgeber erklärt die wichtigsten steuerrechtlichen Änderungen und wie sie sich auswirken.

► www.dgb-bestellservice.de

Hohes Armutsrisiko

Fast jedes sechste Kind in Deutschland ist arm. Das belegt eine Befragung durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Die Umfrage zeigt auch, welche Kinder ein besonders hohes Armutsrisiko haben: Kinder, die mehrere Geschwister haben, von Alleinerziehenden betreut werden, deren Eltern einen Migrationshintergrund oder einen niedrigen Bildungsabschluss haben. Die IG Metall fordert mehr Chancengleichheit.

Hilfe für Patienten

Die Unabhängige Patientenberatung (UPD) hat wieder ihre Arbeit aufgenommen. Verbraucher können am Beratungstelefon von Montag bis Freitag (10 bis 18 Uhr) Fragen zu Leistungen der Kassen, zu gesetzlichen Neuregelungen, zu Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, zu Therapien und Krankheiten oder zur Zahnbehandlung stellen. Gebührenfreie Rufnummer:

► [0800-0117722](tel:0800-0117722)

IN KÜRZE

Das neue Meister-BaföG

Ein aktueller Flyer des Bundesministeriums für Bildung und Forschung informiert über Voraussetzungen und Höhe der Förderung beim neuen »Meister-BAföG«. Fortbildungswillige erfahren, welche Kriterien sie erfüllen müssen, um die Aufstiegsförderung zu erhalten, in welchem Umfang der Staat Unterhalt für Partner und Kinder zahlt und wo sie Anträge stellen können. Flyer als PDF:

www.meister-bafog.info

Internetforum für Azubis

Das Onlinforum www.neu-im-job.de lädt Jugendliche ein, online über betriebliche Erfahrungen ihrer Ausbildung beim Thema Arbeitsschutz zu berichten. Beiträge sind unter eigenem Namen oder Pseudonym möglich. Das Forum ist in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden der gewerblichen Berufsgenossenschaften für die Aktion »Jugend will sicher leben« entstanden.

Plädoyer fürs Leben

In einer von Neoliberalismus geprägten Gesellschaft, befürchten immer mehr Menschen Wohlstand, Freiheit, Eigentum und Statussymbole zu verlieren. Sie lassen sich immer mehr verbieten, ohne zu murren. Der Autor Robert Pfaller fragt nach den Ursachen und rät Gestressten, den Blick für Leben nicht zu verlieren.



Robert Pfaller:
»Wofür es sich zu leben lohnt«.
Fischer-Verlag,
320 Seiten,
19,90 Euro.

Tarif bringt mehr Geld

GEHÄLTER IN DER IT-BRANCHE

Aufschwung, Fachkräftemangel – die Beschäftigten in den IT-Branchen haben davon 2010 wenig zu spüren bekommen.

Jahresgehälter (in Euro) (Beispiele aus der Entgeltanalyse)

TÄTIGKEIT	ERHEBUNGSJAHR		
	2008	2009	2010
Beratung/ Consulting Seniorberater/in	51 630	53 107	54 519
Service-Technik Service-Techniker/in	39 778	39 322	39 831
Kaufmännische Administration Controller I	45 133	45 051	46 127
Softwareentwicklung Software-Ingenieur II	62 444	62 494	63 373

Foto: panthermedia.net

Das Krisenjahr 2009 war für die Beschäftigten in den Informations- und Kommunikationstechnologie-Branchen wirtschaftlich kein schlechtes Jahr. Ihre Gehälter legten im Durchschnitt sogar um 2,3 Prozent zu. Anders sah es im Aufschwungjahr danach aus: 2010 wuchsen die Entgelte nur um 1,5 Prozent. Das geht aus der jüngsten

Entgelt-Analyse der IG Metall hervor, die sie zur Fachmesse CeBIT nach Hannover mitgebracht hatte. Für die Analyse sind rund 27 000 Daten aus 118 Betrieben mit 155 000 Beschäftigten ausgewertet worden.

Die Gehälter stiegen ausgerechnet in den Berufen am wenigsten, für die Branchenspezis einen

dramatischen Fachkräftemangel vorhersagen. So kletterten die Gehälter in Verwaltungstätigkeiten – wie Sachbearbeiter, Controller, Berater und Vertriebsexperten – um bis zu zehn Prozent. Die Einkommen von Service-Technikern und Software-Ingenieuren dagegen stiegen nur um 0,1 bis maximal zwei Prozent.

Tarif-Vorteil. Wieder hat sich gezeigt, dass die Gehälter in tarifgebundenen Firmen deutlich höher sind als in nicht tarifgebundenen. Bei Service-Technikern machte das zum Beispiel einen Unterschied von 14,5 Prozent aus.

Außerdem haben viele Unternehmen die jetzt im April anstehende Tarifierhöhung bereits auf Februar vorgezogen. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Für IG Metall-Mitglieder gibt es die komplette Entgeltanalyse in einer preisgünstigen Ausgabe für 4,90 Euro in der Verwaltungsstelle. Mehr unter:

www.igmetall-itk.de

Dual Studierende bleiben unfallversichert

Dual Studierende sind während der berufspraktischen Phase im Betrieb auch künftig gesetzlich unfallversichert. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichts erheben die Sozialversicherungsträger von den meisten praxisintegrierten Studis seit Oktober 2010 keine Beiträge mehr. Anders als die übrigen Sozialversicherungsträger

hat die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) jetzt aber klargestellt, dass Studierende in der Regel zu arbeitertypischen Leistungen verpflichtet, betrieblich eingegliedert und weisungsgebunden sind. Darum bewertet die DGUV die Studis bei einem Arbeitsunfall wie betriebsangehörige Beschäftigte.

Die IG Metall setzt sich dafür ein, dass für alle Dual Studierende klare und gleiche Regeln gelten, die sich am arbeits- und sozialrechtlichen Status von betrieblichen Auszubildenden orientieren. ■

Mehr zur Unfallversicherung:

www.dguv.de/versicherung
→Versicherte Personen



BAföG auch für Schüler

Wer BAföG hört, denkt oft, dass nur Hochschulstudenten eine Finanzspritze vom Staat erhalten. Dabei können auch Schüler oder Auszubildende Anspruch auf Leistungen haben. Nämlich dann, wenn die Ausbildung nicht durch eigenes Einkommen und Vermögen oder das Einkommen des Ehepartners und der Eltern finanziert werden kann. Das sogenannte Schüler-BAföG kann beantragen, wer unter 30 Jahre alt ist und eine weiterführende allgemeinbildende Schule ab Klasse 10 besucht. Dazu gehören:

- Berufsfachschulen, einschließlich der Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung.
- Fach- und Fachoberschulen.
- Weiterbildungskollegs und Berufsaufbauschulen.

Für bestimmte Ausbildungsarten, etwa allgemeinbildende Schulen, gibt es nur dann finanzielle Unterstützung, wenn man nicht bei den Eltern wohnt und auswärts untergebracht sein muss.

Und wie viel Geld gibt es? Die Sätze richten sich nach der Art der besuchten Schule. Teilnehmer von Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, erhalten bis zu 543 Euro im Monat, wenn sie nicht mehr bei den Eltern wohnen. Sonst gibt zwischen 216 und 391 Euro. Schüler müssen die Förderung nicht zurückzahlen. Azubis erhalten eine Hälfte der finanziellen Hilfe als nicht zurückzahlenden Zuschuss und den Rest als zinsloses Darlehen. Geld gibt es für die gesamte Ausbildungsdauer – auch während der unterrichts- und vorlesungsfreien Zeit.

Anträge sind beim Amt für Ausbildungsförderung (Stadtverwaltung) zu stellen. Formblätter und Informationen gibt es unter www.das-neue-bafog.de. ■

Antonela.Pelivan@igmetall.de



Entspannung am Meer

Entspannung am Meer

Ihre Urlaubsinsel Usedom, die sonnenreichste Region Deutschlands, erwartet Sie mit herrlichem Sandstrand, jodhaltiger Seeluft und einem erfrischenden Reizklima. Verbringen Sie erholsame, gesunde Urlaubstage in einer traumhaften Umgebung.

Ihr Komfort Sport- und Ferienhotel Baltic

Ihr Urlaubshotel liegt direkt am feinen, weißen ca. 3 km langen Sandstrand von Zinnowitz. Das Haus bietet Restaurant, Pub mit Wintergarten, Tanzbar, Brasserie mit Bistro sowie Cafétérasse, Beautyfarm, Fitnesscenter mit Sauna, Ayurveda-Vitalcenter, Boutiquen, Frisör, eine Galerie für Moderne Kunst sowie einen Strandkorb- und Fahrradverleih mit rundum Service.

Alle komfortablen Zimmer verfügen über Dusche/WC, TV, Telefon und Minibar. Weiches Holz und helle Pastelltöne verleihen den Räumen eine gemütliche Atmosphäre, in der auch Sie sich wohl fühlen werden. Die Zimmer zur Seeseite (1. – 3. Etage, geringer Aufpreis) oder die Zimmer mit Meerblick (4. – 6. Etage, geringer Aufpreis) verleihen auch Ihrem Urlaub das besondere Flair.

Die **Verpflegung** besteht aus einem reichhaltigen Frühstücksbuffet sowie einem abwechslungsreichen Abendbuffet.

Entspannen Sie im einzigartigen **Ayurveda Vitalcenter** und in der „Baltic Beauty World“. Es erwarten Sie vielseitige und hochwertige Anwendungen wie Thalasso, Ayurveda, Paradies-Kur, Entspannungsbäder, Aromabehandlung, unterschiedliche Massagen und vieles mehr zu fairen Preisen. Fitnessbegeisterte Gäste können sich im großen Fitnesscenter austoben.

Gleich neben Ihrem Hotel und durch einen Bademantelgang verbunden, liegt die **Bernsteintherme** mit einer Gesamtwasserfläche von ca. 1.400 qm. Die Innen- und Außenbecken des Thermalbadebereiches (ca. 32 °C) sind mit heilsamer Sole angereichert. Das Meerwasserbad erwartet Sie bei ca. 28 °C mit 25 m Bahnen, Nichtschwimmer- und Kinderbecken sowie einem Strömungskanal. (Hotel- und Freizeiteinrichtungen teilweise gegen Gebühr.)



Zimmerbeispiel



Hallenbad in der Bernsteintherme

5-tägige Reise
ab € **199,-** p. P.

3 % Rabatt für IGM-Mitglieder und deren Mitreisende

- Inkl. Halbpension
- Inkl. täglich Eintritt in die Bernsteintherme
- Gästebetreuung im Hotel

Inklusivleistungen pro Person

- Übernachtungen im Komfort Sport- und Ferienhotel Baltic im Doppelzimmer
- Täglich reichhaltiges Frühstücksbuffet
- Täglich abwechslungsreiches Abendbuffet
- 1 x täglich Eintritt in die Bernsteintherme (inkl. Meerwasser-, Thermalbäder und Saunabereich)
- Nutzung des großen Fitnessraumes
- Gästebetreuung im Hotel
- Reisepreis-Sicherungsschein



Ihr Komfort Sport- und Ferienhotel Baltic

Termine und Preise pro Person im DZ in € im Komfort Sport- und Ferienhotel Baltic

Anreisezeit- räume	5 Tage/4 Nächte (So. – Do.)	8 Tage/ 7 Nächte (So. – So. o. Do. – Do.)
	4 Tage/3 Nächte (Do. – So.)	
A 01.12. – 22.12.11	199,-	399,-
B 30.10. – 30.11.11	229,-	449,-
C 25.04. – 30.04.11, 09.10. – 29.10.11, 22.04. – 24.04.11,	259,-	489,-
D 01.05. – 30.06.11, 31.08. – 08.10.11	299,-	579,-
E 01.07. – 30.08.11	329,-	629,-

Kennziffer: 55571 Buchungscod: D17A08F

Verlängerung: Der erste Tag der Verlängerung bestimmt wie ein neuer Anreisetag den Preis. **Wunschleistungen p. P.:** Einzelzimmerzuschlag 17,- €/Tag. Zuschlag Seeseite 6,- €/Tag. Zuschlag Meerblick 11,- €/Tag. Bahnreise zum Bahnhof Züssow u. zurück ab 44,- € (Transfer vom Bahnhof in Eigenregie). **Zusätzliche Kosten (vor Ort zahlbar):** Kurtaxe von ca. 2,- € p. P./Tag. Parkplatz ca. 6,- €/Tag. Hunde ca. 12,- €/Tag, auf Anfrage. **Kinderermäßigung:** auf Anfrage.

Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung, die Sie nach Buchung erhalten. Daraufhin wird eine Anzahlung von 30 % (mind. 25,- €) auf den Reisepreis fällig. Restzahlung 30 Tage vor Reiseantritt, anschließend erhalten Sie Ihre Reiseunterlagen.

Reisetelefon: 01805 – 990 160

(Festnetzpreis 0,14 €/Min., höchstens 0,42 €/Min. aus Mobilfunknetzen), Täglich von 8.00 – 22.00 Uhr

Reiseveranstalter: DGB-Reisen GmbH · 44137 Dortmund · www.dgb-reisen.de

DGB
Reisen
Vertrauen seit 1961

Politik ist die Kunst, gute Gründe für schlechte Entscheidungen zu finden

Für ältere Autos ist E10 schädlich!

Genau das ist ein weiterer Vorteil: Abwracken - schon an der Zapfsäule!

ANNEWOLLTE[®]

POLO

Karikatur: André Poloczek

Bildrätsel

2

1



Werfe einen Blick auf Deinen Schreibtisch, entschlüssele die Gegenstände auf den Bildern und trage die Ziffern zusammen. Das Lösungswort ist übrigens der Titel einer großen Initiative, die die IG Metall unterstützt.

3

Fotos: panthermedia.net

1	C			4	U		2		A		3
---	---	--	--	---	---	--	---	--	---	--	---

	5	L			O			A		7			2
--	---	---	--	--	---	--	--	---	--	---	--	--	---

3	Ü			6				M		1
---	---	--	--	---	--	--	--	---	--	---

Lösungswort				1	2	3	4	5	6	7
-------------	--	--	--	---	---	---	---	---	---	---

Bitte das Lösungswort bis **25. April 2011** unter Angabe von Vor-, Nachname und Adresse auf eine Karte schreiben und per Post an: Redaktion metallzeitung, Preisrätsel, 60244 Frankfurt/Main. Oder per E-Mail an: raetsel@igmetall.de

Die Gewinne im April



1. Preis:
Ein Stereo-Ohrbügelhörer von Sennheiser »OMX 90 VC«



2. Preis:
Ein handsigniertes Buch von Günther Wallraff »Aus der schönen Welt«



Foto: Michael Schinke

3. Preis:
Ein Kapuzen-Sweatshirt »Operation Übernahme«, plus Trillerpfeife